

ALLEGATO „B“ ALLA RACC. 3803

STATUTEN

TITEL I

BEZEICHNUNG – SITZ – DAUER

Artikel 1 – Bezeichnung und Sitz

Es wird die Genossenschaft „Demos 2.0 – Genossenschaft/società cooperativa“ mit Sitz in Bozen gegründet.

Die Genossenschaft kann auch Zweigniederlassungen, Zweigstellen, Agenturen und Vertretungen im In- und Ausland gemäß den geltenden Gesetzesvorschriften einrichten.

Für all jene Punkte, die nicht ausdrücklich vom vorliegenden Statut und dazugehörigen Durchführungsbestimmungen geregelt werden, gelten die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches und der Staats- und regionalen Gesetze über Genossenschaften, sowie die Bestimmungen für Aktiengesellschaften, soweit mit den Genossenschaftsregelungen vereinbar.

Artikel 2 – Dauer und Angehörigkeit

Die Dauer der Genossenschaft läuft ab der rechtlichen Gründung bis zum 31. Dezember 2050 und kann durch Beschluss einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verlängert oder vorzeitig aufgelöst werden.

Die Genossenschaft gehört der Lega Nazionale delle Cooperative e Mutue mit Sitz in Rom und der territorialen Einrichtung derselben, d. h. Legacoopbund, an und nimmt deren Statuten an.

TITEL II

ZWECK – GEGENSTAND

Artikel 3 – Zweck

Das Ziel der Genossenschaft ist es mit den Mitglieder, gemeinsam die unter Artikel 4 angeführten Tätigkeiten auszuführen, um diesen bessere wirtschaftliche, soziale und berufliche Bedingungen zu sichern.

Die Genossenschaft wird sich bei der Ausführung ihrer Tätigkeit der beruflichen Leistungen der Mitglieder bedienen; nach Möglichkeit sollen deren Leistungen überwiegen; die Verwaltung der Genossenschaft bezweckt vor allem die Umsetzung des Prinzips des gegenseitigen Austausches gemäß Art. 2512 ff. ZGB.

Die Genossenschaft kann ihre Tätigkeit auch über Dritte, die nicht Mitglied sind, ausüben.

Um die gesellschaftlichen Zielsetzungen und die Gegenseitigkeit gemäß Gesetz vom 3.4.2001, Nr. 142 in geltender Fassung umsetzen zu können, gehen die Mitglieder mit der

Genossenschaft ein weiteres Arbeitsverhältnis ein, in abhängiger oder selbständiger Form oder in jeglicher anderer Form, die von der italienischen Gesetzgebung zugelassen ist.

Die Durchführung der Arbeitsleistungen der Mitglieder wird von einer eigenen Geschäftsordnung, gemäß Art. 6 des Gesetzes Nr. 142 vom 3.4.2001, geregelt.

Was die gegenseitigen Beziehungen betrifft, so muss die Genossenschaft das Prinzip der gleichgestellten Behandlung befolgen.

Artikel 4 – Gegenstand der Genossenschaft

Zur Umsetzung des oben genannten Genossenschaftszwecks beabsichtigt die Genossenschaft folgende Tätigkeiten, jeweils unter Beachtung der Grundsätze der Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und der Mehrsprachigkeit, auszuführen:

- partizipative Informationstätigkeit im Bereich Medien, (Gesellschafts-)Politik, Kultur, Kommunikation, Zusammenleben, Demokratie, mit Medien aller Art, für Privatpersonen, Organisationen, juristische Personen, Körperschaften, öffentlich-rechtliche Anstalten;
- Ausrichten von Veranstaltungen und *event management* jeglicher Art;
- Organisation, Leitung und Förderung von Fort – und Weiterbildung im Bereich Medien, (Gesellschafts-)Politik, Kultur, Kommunikation, Zusammenleben, Demokratie;
- Marketing -, Kommunikations-, Graphik-, partizipative Veröffentlichungs – und Verlagstätigkeit jeglicher Art.

Ziel der Genossenschaft ist insbesondere die Errichtung und Führung einer Internet-Plattform, die den Grundsätzen der Partizipation und demokratischen Mitbestimmung, der Bürgerbeteiligung, der Sozialen Verantwortung und Solidarität, der Entwicklung einer humanen Gesellschaft verpflichtet ist und deren Betriebsordnung als wesentliche inhaltliche Referenz auf die Prinzipien des Grundsatzpapiers des Netzwerks für Partizipation Südtirol, Fassung Dezember 2011 verweist.

Für die Verlags- und Kommunikationstätigkeit unterwirft sich die Genossenschaft dem Kodex zur Selbstkontrolle (Codice di Autodisciplina), wie er vom Istituto dell'Autodisciplina Pubblicitaria (IAP) angenommen und jeweils abgeändert ist.

Das Sammeln von Ersparnissen der Öffentlichkeit ist in jeglicher Form untersagt. Die Genossenschaft kann nach Beschluss des Verwaltungsrates alle Maßnahmen ergreifen und Handels-, Industrie-, Mobiliens-, Immobilien – und Finanzverträge abschließen, um den Genossenschaftsgegenstand oder damit indirekt oder direkt zusammenhängende Zielsetzungen umzusetzen, wie zum Beispiel: Beteiligungen an anderen Unternehmen erwerben; Gesellschaften jeglicher Art gründen, einschließlich Aktiengesellschaften,

Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Genossenschaften im Sinne des Gesetzes; passive Hypothekendarlehen abschließen; Wechselbürgschaften, einfache Bürgschaften oder Hypotheken an Genossenschaften und Genossenschaftsvereinigungen gewähren, die den Grundsätzen der Wechselseitigkeit laut Staatsgesetzen entsprechen, sowie an ordentliche Gesellschaften, an denen die Genossenschaft und/oder andere Genossenschaften direkt beteiligt sind; anderen Körperschaften und Wirtschaftsorganen beitreten oder sich daran beteiligen, auch mit multipler und subsidärer Haftung, zu Verbands- und Bürgschaftszwecken, mit denen die Genossenschaftsbewegung gefestigt und ausgebaut, der Austausch, die Versorgung, die Kredite und Versicherungen gefördert werden sollen oder die Vorsorge- und Beistandstätigkeiten, die Freizeitgestaltung, Wechselseitigkeit und Genossenschaftskultur unterstützt werden sollen; an einer paritätischen Genossenschaftsgruppe gemäß Art. 2545-septies ZGB teilnehmen. Die Genossenschaft beabsichtigt außerdem die Einrichtung von Fonds für die technologische und unternehmerische Entwicklung oder für den Umbau oder Ausbau der Genossenschaft.

TITEL III

MITGLIEDER

Artikel 5 – Anzahl und Voraussetzungen

Die Anzahl der Mitglieder ist veränderlich, darf aber weder die gesetzlich vorgeschriebene Mindestanzahl unterschreiten.

Es können alle handlungsfähigen natürlichen und juristischen Personen Genossenschaftsmitglieder sein, vor allem jene, die Erfahrung in den Tätigkeitsbereichen der Genossenschaft gesammelt haben oder die auf jeden Fall durch die eigene ideelle, berufliche oder Arbeitstätigkeit zur Umsetzung der Genossenschaftsziele beitragen können.

Die Zulassung von Genossenschaftsmitgliedern bezweckt die tatsächliche Gegenseitigkeit und Beteiligung des Mitglieds an der wirtschaftlichen Tätigkeit der Genossenschaft; ihre Zulassung muss der jeweiligen wirtschaftlichen Fähigkeit der Genossenschaft entsprechen, die Interessen der Mitglieder auch im Zusammenhang mit der mittel- und langfristigen Unternehmensstrategie zu befriedigen.

Die Personen, die selbständig dieselbe oder eine ähnliche Tätigkeit in Konkurrenz oder Gegensatz zur Genossenschaft ausüben, können nicht als Mitglieder der Genossenschaft zugelassen werden, außer, der Verwaltungsrat entscheidet in anderem Sinne aufgrund der Sonderregelungen im Bereich der Arbeitsgenossenschaften. In diesem Falle muss das Verwaltungsorgan die wirtschaftlichen Bereiche und Märkte, in denen die Mitglieder tätig sind,

und das Ausmaß ihrer Tätigkeit berücksichtigen und wird den Bereich der Tätigkeit des Mitgliedes innerhalb und außerhalb der Genossenschaft definieren, um die Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten.

Der Genossenschaft können arbeitende, unterstützende und finanzierende Mitglieder angehören.

Insbesondere:

1. Die arbeitenden Mitglieder sind jene, die eine entlohnte Tätigkeit ausüben; die entlohnte Tätigkeit kann insbesondere auch in freier Mitarbeit, Projektarbeit, Zeit-Arbeit verrichtet werden.
2. Die unterstützenden Mitglieder tragen durch ihren Beitrag zum Fonds für die technologische und unternehmerische Entwicklung gemäß Art. 4 der vorliegenden Statuten bei. Die Mitgliedschaft der unterstützenden Mitglieder, ihre Rechte und Pflichten werden von den Statuten und in allen hier nicht geregelten Aspekten von einem Reglement geregelt; für allfällige darüber hinausgehende nicht geregelte Aspekte oder Regelungslücken finden die Bestimmungen zu den finanzierenden Mitgliedern entsprechende Anwendung.
3. Die finanzierenden Mitglieder, ihre Rechte und Pflichten werden unter Titel IV der Statuten geregelt.

Die Stimmen der unterstützenden und finanzierenden Mitglieder dürfen auf keinen Fall mehr als ein Drittel der Stimmen aller Mitglieder ausmachen.

Artikel 6 - Zulassungsantrag

Der Antrag auf Zulassung zur Mitgliedschaft erfolgt durch schriftliches Gesuch an das Verwaltungsorgan, welches insbesondere die folgenden Angaben enthält:

1. Vorname, Nachname, Wohnsitz, Geburtsdatum und – ort, Steuernummer;
2. tatsächlich ausgeübte Tätigkeit;
3. Betrag des Kapitals, den man unterzeichnen möchte, der auf jeden Fall im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen liegen muss;
4. die Erklärung, sich an das vorliegende Statut und an die seitens der genossenschaftlichen Organe rechtmäßig gefassten Beschlüsse zu halten;
5. eine ausdrückliche und separate Erklärung zur Annahme der Schlichtungsklausel gemäß Art. 43 (44);
6. Angabe etwaiger Gründe für eine eventuelle Unvereinbarkeit für den Beitritt als Genossenschaftsmitglied;
7. Sofern der Antrag von oder für juristische Personen gestellt wird, sind außerdem folgende weitere Angaben notwendig:

- a. Firmenbezeichnung, Rechtsform, Steuernummer und Rechtssitz;
- b. Genossenschaftsorgan, welches die Antragstellung ermächtigt hat, und entsprechender Beschluss;
- c. Eigenschaft und Befugnis der Person, die das Gesuch unterzeichnet.

Sofern der Antrag von oder für juristische Personen gestellt wird, sind dem Antrag folgende Unterlagen beizulegen:

- Kopie des Gründungsaktes und der zur Zeit der Antragsstellung geltenden Statuten;
- Auszug aus dem Beschluss des Verwaltungsorgans, welches die Antragstellung und die allfällige Mitgliedschaft zur Genossenschaft ermächtigt.

Artikel 7 - Verfahren zur Zulassung

Das Verwaltungsorgan überprüft, dass alle Voraussetzungen und Bedingungen erfüllt sind und die in Artikel 5 angegebenen Unvereinbarkeitsgründe nicht vorliegen bzw. vorweg geregelt werden können, und beschließt dann innerhalb von 60 Tagen über das Gesuch und bestimmt die Modalitäten und Fristen für die Einzahlung des Genossenschaftskapitals.

Der Beschluss über die Zulassung muss dem Betroffenen mitgeteilt und von den Verwaltern in das Mitgliederbuch eingetragen werden.

Wird das Zulassungsgesuch abgelehnt, müssen die Verwalter dies innerhalb von 60 Tagen dem Gesuchsteller mitteilen und begründen. In diesem Fall kann der Antragsteller innerhalb von 60 Tagen ab der Mitteilung beantragen, dass die Mitgliederversammlung in ihrer nächsten Sitzung das Gesuch behandle.

Trifft die Mitgliederversammlung über denselben Antrag eine andere Entscheidung als das Verwaltungsorgan, so muss das Verwaltungsorgan den Beschluss der Versammlung innerhalb von dreißig Tagen nach der Mitgliederversammlung übernehmen.

Das Verwaltungsorgan erläutert im Bericht zum Jahresabschluss die Gründe für die Beschlüsse über die Zulassung neuer Mitglieder.

Über ein Reglement im Sinne des Art. 44 (45) kann die Möglichkeit einer provisorischen oder besonderen Mitgliedschaft auf Probe geregelt werden.

Artikel 8 – Pflichten und Rechte der Mitglieder

Die Mitglieder übernehmen mit ihrer Mitgliedschaft folgende Verpflichtungen:

- a) zur unverzüglichen und vollständigen Einzahlung der gezeichneten Anteile und eventuell später freiwillig gezeichneter, bzw. von der Mitgliederversammlung beschlossener Kapitalerhöhungen, sowie zur Bezahlung der damit verbundenen Aufwendungen der

Genossenschaft, insbesondere des mit der Mitgliedschaft und Betreuung der Mitglieder verbundenen Verwaltungsaufwandes;

b) zur umgehenden Mitteilung jeglicher Adressänderung;

c) zur Befolgung der Statuten, Beschlüsse, Reglements und internen Ordnungen, welche von den Genossenschaftsorganen beschlossen und erlassen werden;

d) zur Teilnahme an den Tätigkeiten der Genossenschaft.

Die Mitglieder haben das Recht, Einsicht in das Mitgliederbuch, das Sitzungsbuch und in das Buch der Beschlüsse der Versammlungen zu nehmen und auf eigene Kosten Auszüge daraus zu beantragen.

Ein Zwanzigstel der Mitglieder kann beantragen, dass ein Vertreter, der eventuell von einem Fachmann seiner Wahl begleitet wird, das Sitzungsbuch und das Buch der Beschlüsse des Verwaltungsrates zu überprüfen.

Die in den zwei vorhergehenden Absätzen angeführten Rechte stehen jenen Mitgliedern nicht zu, die mit den Einzahlungen der Einlagen oder Beträge, welche der Genossenschaft geschuldet sind, in Verzug sind.

Artikel 9 - Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft kann infolge von Austritt, Ausschluss oder Tod enden.

Artikel 10 – Austritt des Mitgliedes

In den vom Gesetz und im Statut vorgesehenen Fällen kann das Mitglied zurücktreten.

Insbesondere kann ein Mitglied in den folgenden Fällen zurücktreten:

- wenn es die Voraussetzungen für die Zulassung nicht mehr erfüllt;
- wenn es nicht mehr zur Umsetzung der genossenschaftlichen Zielsetzungen beitragen kann;
- wenn die Beschlüsse, welche die Veränderung des Gegenstandes der Genossenschaft betreffen, abgelehnt werden.

Der Rücktritt kann nicht teilweise erfolgen.

Das Rücktrittsgesuch muss der Genossenschaft mit Einschreiben zugesandt werden.

Das Verwaltungsorgan prüft innerhalb von 60 Tagen ab Zugang des Rücktrittsgesuches, ob die vom Gesetz und von diesem Statut vorgesehenen Voraussetzungen für den Rücktritt gegeben sind.

Falls die Voraussetzungen nicht erfüllt werden, wird dies dem Gesuchsteller von einem Mitglied des Verwaltungsorgans umgehend mitgeteilt; der Gesuchsteller kann sodann innerhalb von sechzig Tagen ab Erhalt der Mitteilung das Verfahren gemäß Artikel 43 (44) einleiten.

Artikel 11 – Ausschluss

Der Ausschluss eines Mitglieds kann vom Verwaltungsorgan in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen und in den folgenden hier geregelten Fällen beschlossen werden:

- wenn das Mitglied nicht mehr über die vorgeschriebenen Voraussetzungen als Mitglied der Genossenschaft verfügt;
- wenn das Mitglied die Verpflichtungen gemäß Gesetz, Statut, Geschäftsordnung oder Beschlüssen der Genossenschaftsorgane schwerwiegend verletzt hat oder die Genossenschaft zu Rechtshandlungen gezwungen hat, um die Einhaltung der Verpflichtungen gegenüber der Genossenschaft zu erzwingen oder gerichtlich geltend zu machen;
- wenn er mit der Einzahlung des gezeichneten Kapitals oder eventueller sonstiger Zahlungs- oder Leistungsverpflichtungen, die gegenüber der Genossenschaft aus welchem Grund auch immer bestehen und der Höhe nach mindestens dem gezeichneten Kapital entsprechen, in Verzug ist. In diesen Fällen muss dem Ausschluss eine Zahlungsaufforderung seitens der Genossenschaft mit Setzung einer Frist von nicht weniger als 10 Tagen vorausgehen.
- wenn ein Grund für eine Unvereinbarkeit gemäß Art. 5 vorliegt oder eintritt oder das Mitglied, direkt oder indirekt, Tätigkeiten ausübt oder auszuüben versucht, die eine Konkurrenz zur Genossenschaft darstellen;
- wenn das Mitglied, auf welche Weise auch immer, der Genossenschaft schweren Sachschaden zufügt oder durch sein Verhalten oder Initiativen, direkt oder indirekt, die Umsetzung der Ziele der Genossenschaft oder den Gegenstand der Genossenschaft behindert;
- wenn das Mitglied einen Adressenwechsel nicht mitgeteilt hat und seit mehr als 6 Monaten nicht mehr auffindbar ist;
- wenn das Mitglied als juristische Person, Körperschaft oder Verein in Liquidation tritt oder einem Konkursverfahren oder Verfahren gleicher Wirkung unterliegt.

Der Ausschluss bewirkt den unmittelbaren Verlust der Rechte als Mitglied, mit Ausnahme der Bestimmungen aus folgendem Art. 12.

Der Beschluss über den Ausschluss wird dem betroffenen Mitglied durch Einschreibebrief mit Empfangsbestätigung mitgeteilt.

Das Mitglied kann gegen den Beschluss des Ausschlusses innerhalb von sechzig Tagen ab der Mitteilung das Verfahren gemäß Artikel 43 (44) einleiten.

Der Ausschluss tritt ab Vermerk in das Mitgliederbuch seitens der Verwalter in Kraft; die allfällige Anfechtung hat keine aussetzende Wirkung.

Artikel 12 – Auszahlung

Die zurückgetretenen oder ausgeschlossenen Mitglieder haben nur Anrecht auf eventuelle Dividenden, die vor Beendigung der Mitgliedschaft gereift und nicht verteilt wurden, sowie auf die Rückerstattung des Kapitals, das sie eingezahlt haben und eventuell gemäß nachfolgendem Artikel 28, Buchstabe c), aufgewertet wurde, bzw. durch die Auszahlung der Rückvergütung.

Die Auszahlung wird bei Verlust, bzw. bei Forderungen, aus welchem Grund auch immer, welche die Genossenschaft gegenüber dem Mitglied stellt, anteilmäßig reduziert und erfolgt ansonsten auf Grund des Abschlusses des Geschäftsjahres, in dem die Mitgliedschaft aufgelöst wird. Die Zahlung erfolgt innerhalb von 180 Tagen ab Bilanzgenehmigung in einer Form, welche für die Genossenschaft und ihre Tätigkeit möglichst wenig beschwerlich und hinderlich ist.

Die Auszahlung oder Rückzahlung des Kapitalanteils des Mitgliedes durch die Rückvergütung kann auch, gemeinsam mit den Gesetzeszinsen, in Raten erfolgen, und zwar innerhalb von höchstens 5 (fünf) Jahren.

Artikel 13 – Tod des Mitgliedes

Stirbt ein Mitglied, so steht seinen Erben oder Vermächtnisnehmern die Rückerstattung des tatsächlich eingezahlten und eventuell aufgewerteten Anteiles im Ausmaß und mit der Vorgangsweise gemäß Artikel 12 zu. Die Erben und Vermächtnisnehmer des verstorbenen Mitgliedes müssen zusammen mit dem Antrag auf Rückerstattung des ihnen zustehenden Kapitals die notwendigen Dokumente vorlegen, aus denen ihr Recht hervorgeht.

Jene Erben, welche die Voraussetzungen für die Zulassung als Mitglieder erfüllen, können vorbehaltlich einer dahingehenden Einigung mit den Miterben, dem Erblasser als Mitglieder nachfolgen. Dies wird mit Beschluss des Verwaltungsorgans festgestellt.

In Ermangelung einer solchen Einigung und Feststellung findet Art. 2347 Z.G.B. Anwendung.

Eine Nachfolge kann immer nur zur Gänze und zugunsten einer Person erfolgen.

Die Mitgliedschaft erlischt durch den Tod des Mitglieds, sofern nicht innerhalb von 60 Tagen eine Nachfolgeregelung im Sinne der vorliegenden Bestimmung getroffen oder eingeleitet wird.

Artikel 14 – Anspruchsverjährung

Die ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitglieder und die Erben des verstorbenen Mitglieds müssen die Rückerstattung der ihnen zustehenden Anteile innerhalb von fünf Jahren ab Datum der Bilanzgenehmigung jenes Geschäftsjahres beantragen, in dem die Auflösung der Mitgliedschaft wirksam geworden ist. Sollte die Rückzahlung nicht innerhalb oben genannter

Frist beantragt werden, wird das entsprechende Kapital mit Beschluss des Verwaltungsrates dem Reservefonds zugeteilt.

IV. TITEL

FINANZMITTEL

Artikel 15 – Anwendbare Bestimmungen

Unbeschadet der Bestimmungen des III. Titels vorliegenden Statuts können gemäß Art. 2526 ZGB auch finanzierende Mitglieder zur Genossenschaft zugelassen werden.

Das sind auch die finanzierende Mitglieder gemäß Artikel 4 des Gesetzes Nr. 59 vom 31. Jänner 1992, sowie die Besitzer von Anteilen gemäß Art. 5 und 6 des genannten Gesetzes Nr. 59.

Für die finanzierenden Mitglieder gelten die Vorschriften aus diesem Titel und die Bestimmungen, die für die arbeitenden Mitglieder festgelegt werden, soweit sie mit der Art des Verhältnisses vereinbar sind. Nicht angewendet werden die Bestimmungen über die Zulassungskriterien, die Unvereinbarkeitsklauseln und die Übertragbarkeit.

Artikel 16 – Zuweisung zum Genossenschaftskapital

Die Einlagen der finanzierenden Mitglieder werden einem spezifischen Teil des Kapitals der Genossenschaft zugewiesen. Diesem Teil des Genossenschaftskapitals wird auch der Fonds für den Betriebsausbau zugewiesen, der mit den Einlagen der unterstützenden Mitglieder errichtet und im vorausgehenden Artikel 4 des vorliegenden Statuts behandelt wird. Die Einlagen der finanzierenden Mitglieder können aus Geld, Gütern oder Guthaben bestehen und werden in übertragbaren Namensanteilen ausgedrückt. Die Einlagen der Anteile, die von den finanzierenden Mitgliedern unterzeichnet werden, werden mit Geldbeträgen, welche ein Vielfaches von Euro 50,00 ausmachen, getätigt; 25% können bei der Unterzeichnung eingezahlt werden und der restliche Teil innerhalb der vom Verwaltungsrat festgelegten Frist.

Durch Reglement der Genossenschaft kann ein Mindestbetrag der Einlage der finanzierenden Mitglieder festgelegt werden, sowie eine allfällige Differenzierung dieses Mindestbetrages zwischen natürlichen und juristischen Personen als finanzierenden Mitgliedern.

Artikel 17 – Übertragbarkeit der Anteile

Wenn von der Versammlung bei der Ausstellung der Anteile nicht anders beschlossen, können Anteile von finanzierenden Mitglieder nur mit Zustimmung des Verwaltungsrates gezeichnet und übertragen werden.

Ein finanzierendes Mitglied, welches die Anteile übertragen möchte, muss dem Verwaltungsrat den eventuellen Käufer vorschlagen; der Verwaltungsrat hat dann ab Erhalt der Mitteilung 60 Tage Zeit, um dazu Stellung zu nehmen.

Sollte der angegebene Käufer nicht auf die Zustimmung des Verwaltungsrates stoßen, kann dieser einen anderen Käufer vorschlagen. Nach Verstreichen dieser Frist steht es dem Mitglied frei, an den vom Verwaltungsrat vorgeschlagenen Käufer zu verkaufen.

Bei Veräußerung der Anteile an Genossenschaftsmitglieder werden die Bestimmungen aus Art. 2514 ZGB, Buchstabe b) und c) angewendet.

Der Genossenschaft steht es außerdem im Sinne des Art. 2346, 1. Absatz ZGB frei, keine Anteile auszustellen.

Artikel 18 – Ausstellungsmodalitäten und Verwaltungsgebühren der finanzierenden Mitglieder

Die Ausstellung von Anteilen für finanzierende Mitglieder wird mit Beschluss der ordentlichen Versammlung geregelt, in denen der jeweilige Betrag der Ausstellung, die Modalitäten für das Wahlrecht der Mitglieder über die ausgestellten Anteile festgelegt werden, sowie die Befugnis der Verwalter, Ausschluss und Einschränkung dieses Wahlrechtes zu verfügen oder vorzuschlagen, jeweils im Sinne der Artikel 2524 und 2441 Z.G.B. und unter Berücksichtigung der Einschränkungen für die arbeitenden Mitglieder laut Art. 2514 Z.G.B., Buchstabe b) und c). Mit demselben Beschluss können auch der Ausstellungspreis der Anteile und eventuelle Vermögens- oder Verwaltungsrechte, die den Inhabern der Anteile zugewiesen werden, sowie eine Mindestdauer der Beteiligung über den finanzierenden Anteil festgelegt werden.

Jedem finanzierenden Mitglied wird eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der gezeichneten Anteile zugewiesen. Falls Anteile im Sinne des Art. 4 des Gesetzes Nr. 59 vom 31. Jänner 1992 ausgestellt werden, stehen dem einzelnen Mitglied nicht mehr als fünf Stimmen zu.

Den arbeitenden Mitgliedern dürfen keine Stimmen als Zeichner von Finanzmitteln zugewiesen werden.

Die insgesamt an die finanzierenden Mitglieder zugewiesenen Stimmen dürfen, gemeinsam mit den unterstützenden Mitgliedern zugewiesenen Stimmen nicht mehr als ein Drittel der Stimmen der in der Versammlung anwesenden oder vertretenen Mitglieder ausmachen.

Sollte aus irgendeinem Grund diese Höchstgrenze überschritten werden, werden die Stimmen der finanzierenden und unterstützenden Mitglieder im Verhältnis ihrer anwesenden und

vertretenen Stimmen und der höchsten zulässigen Stimmenanzahl auf das zulässige Limit reduziert.

Den finanzierenden und unterstützenden Mitgliedern ist in Anbetracht ihrer Teilnahme am Genossenschaftsgeschehen die Ernennung von mindestens einem Mitglied des Verwaltungsrates und eines effektiven und vertretenden Rechnungsprüfers, sowie eines Liquidators bei Auflösung der Genossenschaft vorbehalten. Die Ernennung wird mit der Mehrheit ausschließlich der Stimmen der finanzierenden und unterstützenden Mitglieder beschlossen.

Der Beschluss der Versammlung für die Ausstellung der Anteile für finanzierende Mitglieder kann auch die Ernennung von mehreren Verwaltern oder Rechnungsprüfern durch genannte Kategorie vorsehen, bis zu höchstens einem Drittel der gesamten Verwaltungsratsmitglieder.

Der Beschluss der Versammlung legt auch die Aufgaben fest, die dem Verwaltungsrat in Verbindung der Verteilung der Anteile übertragen werden.

Artikel 19 – Vermögensrechte und Rücktritt der finanzierenden Mitglieder

Das Vorzugsrecht der Anteile der finanzierenden Mitglieder bei der Aufteilung des Gewinns wird von der außerordentlichen Versammlung beschlossen.

Das Vorzugsrecht zu Gunsten der unterstützenden Mitglieder und der Genossenschaftsanteile unterliegt jedenfalls den Einschränkungen gemäß Art. 4 und 5 des Gesetzes Nr. 59 vom 31.1.1992.

Die Ausschüttung der von den arbeitenden Mitgliedern als finanzierende Mitglieder gezeichneten Anteile unterliegt der Beschränkung nach Art. 2514 Buchstabe a) und b) Z.G.B.

Die Reduzierung des Genossenschaftskapitals infolge von Verlusten bewirkt die Reduzierung des Nennwertes der Anteile der finanzierenden Mitglieder allein um den Anteil des Verlustes, der den gesamten Nennwert der Anteile der arbeitenden Mitglieder überschreitet.

Im Falle einer Auflösung der Genossenschaft haben die Anteile der finanzierenden Mitglieder bei der Rückvergütung des Genossenschaftsvermögens für ihren gesamten Wert Vorzugsrecht gegenüber den Anteilen der arbeitenden Mitglieder. Bei der Bestimmung des Wertes der Anteile wird der Nennwert berücksichtigt.

Zusätzlich zu den in Art. 2437 Z.G.B. vorgesehenen Fällen steht den finanzierenden Mitgliedern das Rücktrittsrecht nach Ablauf der bei Ausgabe der Anteile festgesetzten Mindestbeteiligungsdauer zu.

In Ermangelung einer solchen ausdrücklichen Festlegung beträgt die Mindestbeteiligungsdauer drei Jahre ab der Eintragung der Beteiligung in das Mitgliederbuch.

In allen Fällen, in denen der Rücktritt zugelassen ist, muss die Anteilsrückvergütung gemäß den Modalitäten aus Art. 2437-bis ff. Z.G.B. erfolgen, zu einem Betrag, der dem Nennwert entspricht.

Artikel 20 – Anteile zur Beteiligung an der Genossenschaft

Mit Beschluss der ordentlichen Versammlung kann die Genossenschaft mehrjährige Pläne für die Entwicklung und die Erneuerung des Betriebes einführen, wie von Art. 5 des Gesetzes Nr. 59 vom 31. Jänner 1992 vorgesehen. In diesem Fall kann die Genossenschaft Beteiligungen ausgeben, auch auf den Träger lautend, wenn sie zur Gänze eingelöst werden, ohne Stimmrecht und mit Vorzugsrecht bei der Gewinnausschüttung. Diese Beteiligungen können maximal in der Höhe des Mindestbetrages, der sich aus der Summe des Buchungswertes der unteilbaren Reserven oder des Reinvermögens aus der letzten beglaubigten und beim zuständigen Ministerium hinterlegten Bilanz ergibt, ausgestellt werden. Mindestens die Hälfte dieser Beteiligungen muss den Mitgliedern und den Arbeitnehmern der Genossenschaft angeboten werden. Die Beteiligungen verfügen über die Vermögensrechte, welche jenen der finanzierenden Mitglieder entsprechen, wie sie im vorhergehenden Artikel 19 festgelegt werden. In einer eigenen Geschäftsordnung, die von der ordentlichen Mitgliederversammlung genehmigt wird, werden die Durchführungsmodalitäten für die oben genannte mehrjährige Planung festgelegt.

Eine Sondersammlung der Inhaber der hier geregelten Beteiligungen bestimmt die Modalitäten der Versammlung und die Ernennung eines gemeinsamen Vertreters. Der gemeinsame Vertreter der Inhaber dieser Beteiligungen kann Einsicht in die Genossenschaftsbücher nehmen und Auszüge davon anfordern, der Mitgliederversammlung beiwohnen und deren Beschlüsse anfechten; er vollzieht die Beschlüsse der Sondersammlung und nimmt die Interessen der Inhaber der hier geregelten Beteiligungen gegenüber der Genossenschaft wahr.

Artikel 21 - Teilnahme an den Versammlungen

Die finanzierenden Mitglieder nehmen an den Versammlungen der Mitglieder teil.

Liegen die vom Gesetz und von den Statuten vorgesehenen Voraussetzungen vor, so bilden die finanzierenden Mitglieder eine Sondersammlung.

Diese wird vom Verwaltungsrat der Genossenschaft oder vom gemeinsamen Vertreter der finanzierenden Mitglieder einberufen, wenn sie es für erforderlich halten oder wenn es von mindestens einem Drittel der finanzierenden Mitglieder beantragt wird.

Der Ablauf der Sonderversammlungen wird gemäß Art. 2363 ff. ZGB geregelt, soweit mit den Bestimmungen dieser Statuten vereinbar.

Artikel 22 - Schuldinstrumente

Mit Beschluss der außerordentlichen Versammlung kann die Genossenschaft Obligationen und finanzielle Schuldmittel, die keine Obligationen sind, gemäß Art. 2410 ff. ZGB ausstellen.

In diesem Fall legt eine eigene, von der außerordentlichen Versammlung genehmigte Regelung folgende Aspekte fest:

- insgesamt ausgestellter Betrag, Anzahl der Papiere und entsprechender einheitlicher Nennwert;
- Verteilungsmodalitäten;
- Kriterien für die Bestimmung des Ertrages und die Modalitäten für die Zinsausschüttung;
- Verfall und Modalitäten der Rückvergütung.

Mit Beschluss der Versammlung werden auch die Aufgaben festgelegt, die der Verwaltungsrat im Rahmen der Verteilung der Papiere zu übernehmen hat.

Für die Sonderversammlung der Obligationäre und den entsprechenden gemeinsamen Vertreter finden die geltenden Gesetzesbestimmungen und der vorhergehende Art. 21 Anwendung.

V. TITEL

RÜCKVERGÜTUNGEN

Artikel 23 – Rückvergütungen

Die Versammlung, die den Jahresabschluss genehmigt, kann auf Vorschlag des Verwaltungsrates die Gewährung von Rückvergütungen an die Mitglieder beschließen, im Verhältnis der von den Mitgliedern geleisteten Arbeit, und jeweils in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzesvorschriften, diesen Statuten und der entsprechenden Geschäftsordnung. Die Genossenschaft führt im Jahresabschluss mit Bezug auf die Rückvergütung alle Daten über die wechselseitige Tätigkeit mit den Mitgliedern an.

Die Beträge, die den Mitgliedern als Rückvergütung zugewiesen werden, dürfen den Jahresüberschuss nicht überschreiten.

Die Versammlung kann die Form der Rückvergütungen an jedes Mitglied wie folgt beschließen:

- a. mit flüssigen Mitteln;
- b. durch proportionale Aufwertung der jeweiligen Anteile am Genossenschaftsvermögen oder durch Ausstellung neuer Anteile;
- c. durch Ausgabe von Finanzmitteln gemäß vorhergehendem 4. Titel.

TITEL VI GENOSSENSCHAFTSVERMÖGEN UND GESCHÄFTSJAHR

Artikel 24 - Vermögenselemente

Das Vermögen der Genossenschaft besteht aus:

a) dem Genossenschaftskapital, das variabel ist und sich zusammensetzt aus:

1. einer unbegrenzten Anzahl an Anteilen der arbeitenden Mitglieder;
2. den Anteilen der finanzierenden Mitglieder;
3. den Anteilen der unterstützenden Mitglieder, die für den Fonds für die technologische Entwicklung oder den Umbau bzw. den Ausbau der Genossenschaft bestimmt sind;
4. den Beteiligungen, die für die Umsetzung von mehrjährigen Entwicklungs- und Erneuerungsplänen eingesetzt werden;

b) aus der gesetzlichen Rücklage, die mit den Gewinnen und dem Wert jener Anteile gebildet wird, die den ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitgliedern und den Erben verstorbener Mitglieder nicht ausgezahlt wurden;

c) den außerordentlichen Rücklagen;

d) jeder anderen von der Versammlung bzw. per Gesetz gebildeten Rücklage.

Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet allein die Genossenschaft mit ihrem Vermögen und demzufolge die Mitglieder im Rahmen der unterzeichneten Anteile.

Die Rücklagen sind unteilbar und dürfen daher an die Mitglieder weder während des Bestehens der Genossenschaft noch bei ihrer Auflösung verteilt werden.

Die Genossenschaft kann ein oder mehrere Vermögen für spezifische Geschäfte im Rahmen und unter den Bedingungen der Art. 2447-bis ff. ZGB errichten.

Artikel 25 – Eigenschaften der Genossenschaftsanteile

Die Anteile dürfen, sofern von den Statuten nicht anders geregelt, ohne Ermächtigung des Verwaltungsrates weder gepfändet, Nutzungsrechten oder Belastungen unterzogen, noch abgetreten werden.

Das Mitglied, das seine Anteile übertragen möchte, muss dies dem Verwaltungsrat mit Einschreibebrief mitteilen. Wenn nicht anders vom Verwaltungsrat ausdrücklich ermächtigt, dürfen jeweils nur die gesamten Anteile des Mitgliedes abgetreten werden.

Der Beschluss des Verwaltungsrates muss dem Mitglied innerhalb von 60 Tagen ab Erhalt der Anfrage mitgeteilt werden. Nach Verstreichen dieser Frist steht es dem Mitglied frei, die eigene Beteiligung zu übertragen und die Genossenschaft muss dann den Käufer in das

Mitgliederbuch eintragen, unter der Bedingung, dass dieser die Voraussetzungen gemäß Art. 5 erfüllt.

Im Falle einer Verweigerung der Genehmigung muss der Verwaltungsrat den entsprechenden Beschluss begründen und innerhalb von 60 Tagen dem betroffenen Mitglied mitteilen, welches dann innerhalb der darauffolgenden 60 Tage ab der Mitteilung das Verfahren gemäß Art. 43 (44) einleiten kann.

Der Genossenschaft steht es frei, keine Anteile gemäß Art. 2346, 1. Absatz, ZGB auszustellen.

Artikel 26 – Ankauf eigener Aktien

Die Verwalter sind ermächtigt, Anteile oder Aktien der Gesellschaft zu erwerben oder einzulösen, sofern die im zweiten Absatz des Art. 2545quinquies ZGB vorgesehenen Voraussetzungen vorliegen und der Erwerb oder die Einlösung in den Grenzen der in dem letzten ordnungsgemäß genehmigten Jahresabschluss ausgewiesenen verteilbaren Gewinne und verfügbaren Rücklagen vorgenommen wird.

Artikel 27 - Bilanz

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember jeden Jahres.

Nach Abschluss jeden Geschäftsjahres erstellt der Verwaltungsrat den Jahresabschluss nach einer genauen Bestandsaufnahme gemäß den gesetzlichen Vorschriften.

Der Jahresabschluss muss der Mitgliederversammlung innerhalb von 120 (einhundertzwanzig) Tagen ab Ende des Geschäftsjahres zur Genehmigung unterbreitet werden, bzw. innerhalb von hundertachtzig Tagen, wenn die Bedingungen gemäß letztem Absatz des Artikels 2364 ZGB gegeben sind und vom Verwaltungsrat im Bericht über die Geschäftsführung bestätigt werden.

Die Versammlung, die den Jahresabschluss genehmigt, beschließt auch die Rückvergütungen und dann die Aufteilung der jährlichen Überschüsse durch Zuteilung zu:

- a. der gesetzlichen Reserve in dem vom Gesetz vorgeschriebenen Mindestausmaß;
- b. dem gegenseitigen Fonds für die Förderung und Entwicklung des Genossenschaftswesens gemäß Art. 11 des Gesetzes Nr. 59 vom 31.1.92 n. 59, im Ausmaß von 3%;
- c. der Kapitalaufstockung aus Genossenschaftsmitteln im Rahmen und unter den Bedingungen gemäß Art. 7 des Gesetzes Nr. 59 vom 31.1.1992;
- d. der eventuellen Zuteilung der Rückvergütungen im Rahmen der Bedingungen und Einschränkungen gemäß vorhergehendem Art. 23;

- e. der eventuellen Verzinsung des eingezahlten Genossenschaftskapitals im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Höchstausmaßes zwecks Anerkennung der Voraussetzungen der Wechselseitigkeit;
- f. der eventuellen Aufwertung der Anteile der finanzierenden Mitglieder, der unterstützenden Mitglieder und der Beteiligungen im Rahmen des IV. Titels des vorliegenden Statuts;
- g. was den restlichen Teil betrifft, zu der außerordentlichen Reserve bzw. zu anderen Sonderfonds oder Sondervermögen.

Der Gewinn muss vorwiegend für wechselseitige Zwecke eingesetzt werden; damit sind die Aufstockung der unteilbaren Reserven, der Beitrag an den wechselseitigen Fonds und die Auszahlung der Rückvergütung gemeint.

Die Aufteilung der Rückvergütung an die arbeitenden Mitglieder gemäß vorhergehendem Artikel 23 ist nur nach erfolgter Zuweisung der Gewinne gemäß den vorhergehenden Buchstaben a), b) und e) zulässig.

Unbeschadet der obigen Bestimmungen ist für den Fall, dass die Genossenschaft öffentliche Beiträge erhalten sollte, eine Auszahlung an Mitglieder von Gewinnen, die in dem Geschäftsjahr ausgewiesen werden, in dem die Förderungen ausbezahlt werden, und in den folgenden acht Geschäftsjahren nicht gestattet.

TITEL VII

VERSAMMLUNGSORGAN

Artikel 28 - Versammlungen

Es gibt ordentliche und außerordentliche Versammlungen.

Falls die Voraussetzungen gemäß Artikel 2540 Absatz 2 Z.G.B. vorliegen, gehen den Versammlungen separate Versammlungen voraus.

Die Versammlungen werden am Gesellschaftssitz abgehalten oder an einem anderen in der Einberufung angegebenen Ort in der EU.

Artikel 29 – Ordentliche Mitgliederversammlung

Der ordentlichen Mitgliederversammlung obliegt es:

- den Jahresabschluss zu genehmigen;
- die Genossenschaftsorgane zu ernennen;
- die Aufsichtsräte und den Vorsitzenden des Aufsichtsrates zu ernennen und diese abzuwählen;

- nach Absprache mit dem Verwaltungsrat, dem gesetzlichen Rechnungsprüfer das Amt zu übertragen;
- die Vergütung des Verwaltungsratsmitglieder, Aufsichtsräte und des Rechnungsprüfers festzulegen;
- über die eventuelle Auszahlung der Rückvergütung gemäß Artikel 23 der vorliegenden Statuten zu entscheiden;
- über die internen Reglements, mit den für die außerordentliche Mitgliederversammlung vorgesehenen Mehrheiten zu entscheiden;
- die Ausstellung der Finanzmittel gemäß Artikel 18 des vorliegenden Statuts.
- den Beitritt zu einer paritätischen Genossenschaftsgruppe zu beschließen;
- über alle anderen Gegenstände zu entscheiden, die laut Gesetz, vorliegendem Statut oder auf Antrag des Verwaltungsrates in ihre Zuständigkeit fallen.

Das Verwaltungsorgan muss in folgenden Fällen und Zeitabständen einberufen werden:

- a) mindestens einmal pro Jahr muss die Mitgliederversammlung innerhalb von 120 Tagen ab Ende des Geschäftsjahres einberufen werden. Die Frist beträgt 180 Tagen, wenn die Bedingungen gemäß letztem Absatz des Artikels 2364 ZGB gegeben sind, die vom Verwaltungsorgan im Geschäftsbericht bestätigt werden. Die Verwalter halten im Bilanzbericht die gemäß Artikel 2428 Z.G.B. vorgesehenen Gründe für die Fristerstreckung fest;
- b) falls vom Verwaltungsrat als notwendig betrachtet;
- c) falls vom Aufsichtsrat in den gemäß Artikel 2406 Z.G.B. vorgesehenen Fällen einberufen;
- d) falls ein Antrag auf Einberufung schriftlich und mit Angabe der zu behandelnden Themen von mindestens 10% der zum Zeitpunkt des Antrages stimmrechthabenden Mitglieder eingebracht wird; die Einberufung erfolgt sodann innerhalb von dreißig Tagen durch den Verwaltungsrat oder den Aufsichtsrat.

Die Einberufung auf Antrag der Mitglieder ist nicht für Themen zulässig, über die laut Gesetz die Versammlung auf Vorschlag der Verwalter oder auf Grund eines Projektes oder eines von ihnen erstellten Berichtes beschließt.

Artikel 30 – Die außerordentliche Versammlung

Die außerordentliche Versammlung beschließt:

- die Statutenänderungen;
- die Ernennung und Austausch der Liquidatoren und die jeweiligen Befugnisse;
- jegliche weitere vom Gesetz angegebene Angelegenheit.

Artikel 31 – Einberufung

Der Verwaltungsrat beruft die ordentlichen und außerordentlichen Versammlungen durch eine Mitteilung ein, in der Tagesordnung, Ort, Datum, die Uhrzeit der ersten Einberufung und der zweiten Einberufung, die mindestens 24 Stunden nach der ersten Einberufung liegen muss, angegeben sind.

Die Einberufung erfolgt auf einem der folgenden Wege:

- mittels Veröffentlichung in der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“ und im „Corriere della Sera – Corriere dell’Alto Adige“;
- mittels Einschreibebrief mit Rückschein oder per Übergabe zu Händen oder per Telefax oder auf sonstigem Wege, mit dem der Empfang seitens jedem Mitglied mit Stimmrecht belegt werden kann, und zwar mindestens 10 Tage vor der Versammlung;
- durch Versendung einer E-Mail-Nachricht an die von jedem Mitglied bei Antrag auf Zulassung zur Mitgliedschaft insbesondere hinsichtlich der Einberufung von Mitgliederversammlungen genannte E-Mail-Adresse, mindestens 10 Tage vor der Versammlung.

Die Gesellschafterversammlung kann auch abgehalten werden mit Teilnehmern, welche sich an verschiedenen, nahen oder entfernten, untereinander mittels Audio/Video-Übertragung verbundenen Standorten aufhalten.

Dies zu den folgenden, im Protokoll zu erwähnenden Bedingungen:

- der Vorsitzenden und der Sekretär, welche für die Abfassung und Unterzeichnung des Protokolls Sorge tragen, müssen sich am gleichen Ort aufhalten;
- der Vorsitzende der Versammlung muss imstande sein, die Identität und die Teilnahmeberechtigung der Teilnehmer zu überprüfen, den Ablauf der Versammlung zu regeln, die Wahlergebnisse festzustellen und zu verkünden;
- der Protokollführer muss die Möglichkeit haben, den Ablauf und die Geschehnisse der Versammlung, die er in der Niederschrift aufzuzeichnen hat, klar zu verfolgen;
- die Teilnehmer müssen imstande gesetzt werden, gemeinsam und gleichzeitig über die Punkte der Tagesordnung zu diskutieren und abzustimmen, sowie Dokumenten zu überprüfen, zu erhalten und abzusenden;
- in der Einberufung müssen die Versammlungsorte angeführt werden, an denen sich die Teilnehmer einfinden können und welche von der Gesellschaft durch Audio/Video-Übertragung verbunden werden. Dabei gilt die Versammlung auf jeden Falls als an dem Ort abgehalten, an dem sich der Vorsitzende und der Schriftführer befinden. Es müssen weiters so viele Anwesenheitslisten bereitgestellt werden, wie

viele Standorte miteinander mittel Audio/Video-Übertragung verbundene Standorte vorgesehen sind.

Artikel 32 – Bildung und Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung

Bei den Versammlungen steht denjenigen das Stimmrecht zu, die seit mindestens 90 (neunzig) Tagen im Mitgliederbuch eingetragen sind, nicht mit den Zahlungsverpflichtungen jeglicher Art gegenüber der Genossenschaft in Verzug sind und gegen die kein Ausschlussverfahren eingeleitet ist; die Mitglieder, die seit weniger als 90 (neunzig) Tagen eingetragen sind, können zwar anwesend sein, haben aber weder Stimm- noch Melderecht.

Jedes Mitglied hat unabhängig von der Anzahl seiner Anteile ein Stimmrecht.

Die ordentliche Versammlung ist in erster Einberufung beschlussfähig, wenn zumindest die Hälfte der Stimmen plus eins der stimmberechtigten Mitglieder anwesend oder vertreten ist. In zweiter Einberufung beschließt die Versammlung über die Punkte, die bei der ersten Einberufung angestanden wären und ist unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

Die außerordentliche Versammlung ist in erster Einberufung beschlussfähig, wenn zumindest die Hälfte der Stimmen plus eins der stimmberechtigten Mitglieder anwesend oder vertreten ist. In zweiter Einberufung beschließt die Versammlung über die Punkte, die bei der ersten Einberufung angestanden wären und ist unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

Die anwesenden Mitglieder, die mindestens einem Drittel der vertretenen Stimmen entsprechen, können die Vertagung der Sitzung um höchstens fünf Tage beantragen, falls sie der Auffassung sind, nicht ausreichend über die Beschlussgegenstände informiert worden zu sein; dieses Recht kann für jeden Gegenstand nur einmal ausgeübt werden.

Die ordentliche und außerordentliche Versammlung beschließt mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden oder vertretenen stimmrechthabenden Mitglieder.

Den Vorsitz führt der Präsident der Genossenschaft, der die Beschlussfähigkeit der Versammlung, die Identität und Berechtigung der Anwesenden überprüft, den Ablauf leitet und die Ergebnisse der Abstimmungen feststellt; er ernennt einen Schriftführer unter den Verwaltungsräten oder arbeitenden Mitgliedern der Genossenschaft. Falls das Protokoll der Mitgliederversammlung von einem Notar verfasst wird, bedarf es keines Schriftführers.

Die Beschlüsse der Versammlung müssen aus dem Protokoll hervorgehen, welches ohne Verzögerung verfasst und vom Präsidenten und vom Schriftführer unterzeichnet werden muss. Das Protokoll muss für jede Abstimmung, allenfalls auch durch eine Anlage, ermöglichen, die

Mitglieder zu identifizieren, die sich der Stimme enthalten oder gegen einen Beschluss stimmen, und eine Zusammenfassung der Erklärungen zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung enthalten. Insbesondere muss jedes Mitglied, das sich der Stimme enthält oder gegen einen Beschluss stimmt, auf Anfrage des Präsidenten eine besondere Anlage zum Protokoll ausfüllen, um die eventuelle Beanstandung des Beschlusses und die Identifizierung seiner abweichenden Stimmabgabe zu ermöglichen.

Das Protokoll der außerordentlichen Versammlung wird von einem Notar verfasst.

Artikel 33 Stimmrecht der finanzierenden Mitglieder

Auch für die finanzierenden Mitglieder gilt der Grundsatz einer Stimme pro Kopf.

Artikel 34 – Vertretung in der Mitgliederversammlung

Alle Mitglieder, die aus welchem Grund auch immer nicht persönlich an der Versammlung teilnehmen können, können sich durch eine schriftliche Vollmacht nur durch ein anderes stimmberechtigtes Mitglied vertreten lassen; Verwalter, Mitglieder des Kontrollorgans, Angestellte der Genossenschaft und der von der Genossenschaft kontrollierten Genossenschaften können keine Vertretung anderer Mitglieder übernehmen.

Jedes Mitglied kann höchstens 10 Mitglieder vertreten.

Die finanzierenden Mitglieder können sich nur unter den Bedingungen gemäß Artikel 2372 Z.G.B. vertreten lassen.

Artikel 35 – Getrennte Versammlungen

Sofern die Bedingungen gemäß Art. 2540 Z.G.B. vorliegen, errichtet die Genossenschaft getrennte Versammlungen.

Der Verwaltungsrat beruft die getrennten Versammlungen mit denselben Modalitäten ein, die für die allgemeine Mitgliederversammlung vorgesehen sind. Die Einberufungsfristen gelten für die erste getrennte Versammlung.

Um den Mitgliedern die Teilnahme und somit die Einberufung und den Ablauf der getrennten Versammlungen zu erleichtern, werden die Mitglieder in Gruppen eingeteilt, mit besonderer Berücksichtigung der Gebiete, in denen es Zweigstellen oder lokale Einheiten gibt. Solche Gruppen können auch in Gebieten ohne die genannten Strukturen errichtet werden, wenn dies auf Grund der Anzahl und der Bedeutung der Tätigkeit als angebracht erscheint.

Jede Gruppe muss mindestens aus 100 Mitgliedern bestehen. Sollte die Anzahl geringer sein, werden die Mitglieder vom Verwaltungsrat der nächstliegenden Gruppe zugewiesen.

Alle Bestimmungen, die für die ordentliche oder außerordentliche Vollversammlung vorgesehen sind, gelten auch für die getrennten Versammlungen.

Jede Versammlung beschließt über die Themen, die Gegenstand der Vollversammlung sind, und ernennt gemäß spezifischer Geschäftsordnung die Vertreter für die Vollversammlung. Auf jeden Fall muss in der Vollversammlung die proportionale Vertretung der Minderheiten der getrennten Versammlungen gewährleistet sein.

Alle Vertreter müssen Mitglieder der Genossenschaft sein.

Die Mitglieder, die an der getrennten Versammlung teilgenommen haben, haben das Recht, an der Vollversammlung teilzunehmen.

VIII. TITEL

Verwaltungsrat

Artikel 36 – Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Ernennung und Rücktritt der Räte

Die Genossenschaft wird von einem Verwaltungsrat, der aus mindestens 3 und höchstens 11 Räten besteht verwaltet, die von der ordentlichen Mitgliederversammlung ernannt werden.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des vorliegenden Statutes für die Vertretung der finanzierenden und unterstützenden Mitglieder kann die Verwaltung der Genossenschaft auch Nichtmitgliedern anvertraut werden, soweit $\frac{2}{3}$ (zwei Drittel) der Verwalter Genossenschaftsmitglieder sind.

Es steht dem Verwaltungsrat frei, im Rahmen der vermögensrechtlichen Ermächtigungen der Genossenschaftsversammlung und jedenfalls bei Ermächtigung durch die Genossenschaftsversammlung, auch Geschäftsführer oder Einzelgeschäftsführer mit der Verwaltung der Genossenschaft oder einzelner Aufgaben oder Tätigkeitsbereiche zu beauftragen.

Die Verwalter bekleiden für drei Geschäftsjahre ihr Amt und können wieder gewählt werden.

Mit Ausnahme der von Artikel 2390 Z.G.B. vorgesehenen Fälle können die Verwalter auch Ämter in Verwaltungsorganen anderer Unternehmen bekleiden, sofern dies mit ihren vom Gesetz und diesen Statuten festgelegten Pflichten vereinbar ist.

Sie werden mit einem eigenen Beschluss des Verwaltungsrates der Genossenschaft dazu ermächtigt. In Ermangelung einer solchen Ermächtigung verfällt das Amt des Verwalters.

Artikel 37 – Vorgehen des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ernennt in der ersten Sitzung unter den eigenen Mitgliedern den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Genossenschaft. Letzterer vertritt den Präsidenten, wenn dieser verhindert ist und seine Aufgaben nicht ausführen kann.

Der Verwaltungsrat kann einzelnen Verwaltern oder einem ausführenden Ausschuss besondere Aufträge mit den erforderlichen Vollmachten und Angabe der Inhalte, Grenzen und Ausübung der Vollmacht erteilen.

Es können keine Vollmachten für die in Artikel 2381, 4. Absatz Z.G.B. angegebenen Geschäftsbereiche, sowie hinsichtlich der Zulassung, den Rücktritt und den Ausschluss der Mitglieder erteilt werden. Der Verwaltungsrat muss außerdem kollegial entscheiden, wenn ein Beschluss über Aufwertung der gegenseitigen Leistungen, Rückvergütungen, Übertragung, Abtreten oder Übernahme eines Betriebes oder eines Teiles des Betriebes, Gründung oder Übernahme einer bedeutenden Beteiligung an einer anderen Gesellschaft gefällt werden muss. Die Verwalter oder der Ausschuss, denen besondere Aufträge erteilt wurden, berichten dem Verwaltungsrat und dem Kollegium der Rechnungsprüfer regelmäßig, mindestens aber alle sechs Monate, über den allgemeinen Verlauf der Verwaltung und die voraussichtliche Weiterentwicklung, sowie über die wichtigsten Geschäftsvorfälle der Genossenschaft und der von ihr kontrollierten Betriebe.

Dem Rat, dem besondere Aufgaben anvertraut sind, wird ein Entgelt und/oder eine Speserückvergütung, welche vom Verwaltungsrat nach Gutheißung des Kollegiums der Rechnungsprüfer festgelegt werden, zuerkannt.

Artikel 38 – Aufgaben des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat verwaltet gemäß Gesetz und Statut die Genossenschaft mit ausschließlicher Zuständigkeit und Haftung, um die wechselseitigen Zielsetzungen und den Gegenstand der Genossenschaftstätigkeit zu gewährleisten.

Dazu führt er alle erforderlichen ordentlichen und außerordentlichen Verwaltungsakte durch, die nicht ausdrücklich der Versammlung zugeteilt sind.

Der Verwaltungsrat führt insbesondere zusätzlich zu den vom Gesetz und Statut vorgesehenen Funktionen folgende Aufgaben durch:

- er ergreift die Maßnahmen, die ihm von den Statuten bezüglich Zulassung, Rücktritt, Ausschluss und Tod der Mitglieder, sowie Auszahlung der entsprechenden Anteile anvertraut sind;
- er schlägt der Versammlung bei Vorlage des Jahresabschlusses den Aufpreis gemäß Art. 2528, 2. Absatz Z.G.B. vor;
- er arbeitet die Reglements und Geschäftsordnungen aus, welche die Beziehungen der Genossenschaft zu den Mitgliedern, die Vorgänge und Abläufe in der Genossenschaft regeln und unterbreitet sie dann der Versammlung zur Abstimmung;

- er beschließt den Kauf oder die Rückerstattung der Anteile im Rahmen der Gesetzesvorschriften;
- er berichtet bei der Genehmigung der Bilanzen über die befolgten Führungskriterien zur Umsetzung der Zielsetzungen und über das Bestehen der vorwiegenden Mitgliedsförderung oder die Maßnahmen, mit denen die vorwiegende Mitgliedsförderung gemäß Artikel 2545-octies ZGB wieder erlangt werden soll. Im selben Bericht erläutert der Verwaltungsrat die Gründe für die Beschlüsse über die Zulassung neuer Mitglieder.

Artikel 39 – Einberufung des Verwaltungsrates und Gültigkeit der Beschlüsse

Der Verwaltungsrat wird vom Präsidenten jedes Mal einberufen, wenn er es für notwendig erachtet, mindestens aber einmal pro Trimester.

Falls ein Drittel der Räte oder der Aufsichtsrat dies beantragen, beruft der Präsident den Verwaltungsrat innerhalb von fünfzehn Tagen mit Angabe der zu behandelnden Punkte ein.

Der Verwaltungsrat ist bei Anwesenheit der Mehrheit der Räte beschlussfähig, die Beschlüsse werden mit der Stimme der absoluten Mehrheit der anwesenden Räte gefasst, soweit sie mindestens einem Drittel der insgesamt gewählten Räte entsprechen.

Die Einberufung erfolgt auf einem der folgenden Wege:

- mittels Einschreibebrief mit Rückschein oder per Übergabe zu Händen oder per Telefax oder auf sonstigem Wege, mit dem der Empfang seitens jedem Mitglied mit Stimmrecht belegt werden kann, und zwar mindestens 3 Tage vor der Versammlung;
- durch Versendung einer E-Mail-Nachricht an die von jedem Mitglied zu diesem Zwecke oder bei Antrag auf Zulassung zur Mitgliedschaft benannte E-Mail-Adresse, mindestens 3 Tage vor der Versammlung.

Die Versammlungen werden am Gesellschaftssitz abgehalten oder an einem anderen in der Einberufung angegebenen Ort in der EU.

Die Versammlung kann auch abgehalten werden mit Teilnehmern, welche sich an verschiedenen, nahen oder entfernten, untereinander mittels Audio/Video-Übertragung verbundenen Standorten aufhalten.

Dies zu den folgenden, im Protokoll zu erwähnenden Bedingungen:

- der Vorsitzenden und der Sekretär, welche für die Abfassung und Unterzeichnung des Protokolls Sorge tragen, müssen sich am gleichen Ort aufhalten;

- der Vorsitzende der Versammlung muss imstande sein, die Identität und die Teilnahmeberechtigung der Teilnehmer zu überprüfen, den Ablauf der Versammlung zu regeln, die Wahregebnisse festzustellen und zu verkünden;
- der Protokollführer muss die Möglichkeit haben, den Ablauf und die Geschehnisse der Versammlung, die er in der Niederschrift aufzuzeichnen hat, klar zu verfolgen;
- die Teilnehmer müssen imstande gesetzt werden, gemeinsam und gleichzeitig über die Punkte der Tagesordnung zu diskutieren und abzustimmen, sowie Dokumenten zu überprüfen, zu erhalten und abzusenden;
- in der Einberufung müssen die Versammlungsorte angeführt werden, an denen sich die Teilnehmer einfinden können und welche von der Gesellschaft durch Audio/Video-Übertragung verbunden werden. Dabei gilt die Versammlung auf jeden Falls als an dem Ort abgehalten, an dem sich der Vorsitzende und der Schriftführer befinden. Es müssen weiters so viele Anwesenheitslisten bereitgestellt werden, wie viele Standorte miteinander mittel Audio/Video-Übertragung verbundene Standorte vorgesehen sind.

Artikel 40 – Präsident des Verwaltungsrates und der Genossenschaft

Der Präsident des Verwaltungsrates und der Genossenschaft wird vom Rat ernannt, ist unterzeichnungsberechtigter und gesetzlicher Vertreter der Genossenschaft.

Der Präsident hat folgende Zuständigkeiten:

1. Abschluss der Verträge und Akte aller Art, die vom Verwaltungsrat für die Umsetzung der Genossenschaftsziele ermächtigt werden;
2. Ernennung, Entbindung und Ersetzung der Anwälte und Vertreter in aktiven und passiven Streitfällen, die die Genossenschaft betreffen, in jedem ordentlichen und außerordentlichen Gerichts-, Schiedsgerichts- oder Mediationsverfahren;
3. Aushang am Sitz und an einem für alle Mitglieder zugänglichen Ort eines Auszuges des Protokolls der jüngsten Revision oder außerordentlichen Inspektion der zuständigen Organe im Sinne der gesetzlichen Vorschriften;
4. die Aufgaben gemäß Artikel 2383, 4. Absatz Z.G.B. für die Eintragung in das Handelsregister der Räte und gemäß Artikel 2400, 3. Absatz Z.G.B. für die Eintragung der Ernennung und der Amtsniederlegung der Rechnungsprüfer.

Falls der Präsident verhindert ist, werden seine Funktionen vom Vizepräsidenten übernommen.

TITEL IX

Aufsichtsrat und gesetzlicher Rechnungsprüfer

Artikel 41 – Aufsichtsrat

Falls die gesetzlichen Voraussetzungen gemäß Artikel 2543, 1. Absatz Z.G.B. eintreten, ernennt die Genossenschaft den Aufsichtsrat, in den 3 effektive und 2 Ersatzmitglieder von der Versammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat besteht aus Rechnungsprüfern, die im Verzeichnis des Justizministeriums eingetragen sind.

Die Versammlung ernennt den Vorsitzenden des Aufsichtsrates.

Die Aufsichtsräte bekleiden ihr Amt über 3 Jahre; die Beauftragung endet bei der Versammlung, die die Bilanz des 3. Geschäftsjahrs ihres Amts genehmigt. Die Aufsichtsräte können wiedergewählt werden.

Der Aufsichtsrat wacht darüber, dass Gesetz und Statut eingehalten und die Grundsätze der korrekten Verwaltung befolgt werden und insbesondere darüber, dass die von der Genossenschaft angewandte Organisation, Verwaltung und Buchhaltung angemessen und konkret funktionstüchtig sind.

Zu diesem Zwecke können die Aufsichtsräte jederzeit auch individuell Kontrollen durchführen und die Verwalter, auch bezüglich abhängiger Unternehmen, um Auskünfte ersuchen über die Tätigkeiten der Mitglieder oder bestimmte Geschäfte. Sie können mit den entsprechenden Organen der abhängigen Gesellschaften Auskünfte austauschen, die sich auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme und auf den allgemeinen Verlauf der genossenschaftlichen Tätigkeit beziehen.

Bei der Ausübung spezifischer Kontrollen können sich die Aufsichtsräte auf eigene Verantwortung und Kosten eigener Angestellter und Hilfskräfte bedienen, die aber nicht die Eigenschaften der Unwählbarkeit und des Ausschlusses gemäß Art. 2399 ZGB aufweisen dürfen. Das Verwaltungsorgan kann jedoch den Hilfskräften und Angestellten der Rechnungsprüfer den Zugang zu vertraulichen Informationen verweigern.

Die Aufsichtsräte berichten bei der Bilanzgenehmigung über die bei der Verwaltung der Genossenschaft befolgten Kriterien zur Umsetzung der wechselseitigen Zielsetzung und über den Bestand der Voraussetzung der vorwiegenden Wechselseitigkeit.

Artikel 42 – Gesetzlicher Rechnungsprüfer

Die Kontrolle der Buchhaltung kann auch einem Rechnungsprüfer gemäß Artikel 2409-bis ff Z.G.B. anvertraut werden.

TITEL X.

AUFLÖSUNG

Artikel 43 – vorzeitige Auflösung und Vermögensverwendung

Die vorzeitige Auflösung der Genossenschaft, falls die gesetzlich vorgesehenen Voraussetzungen gemäß Artikel 2545 duodecies Z.G.B. gegeben sind, wird von der außerordentlichen Vollversammlung beschlossen, welche mit den Mehrheiten, die für die Änderungen des Gründungsaktes und des Statuts vorgesehen sind, über folgendes verfügt:

1. Anzahl der Liquidatoren und Vorgehensweise des Kollegiums bei mehreren Liquidatoren;
2. Ernennung der Liquidatoren, mit Angabe jener, denen die Vertretung der Genossenschaft obliegt;
3. die Grundkriterien, nach denen die Liquidation erfolgen muss, die Befugnisse der Liquidatoren, mit besonderer Berücksichtigung der Abtretung einzelner Güter oder Rechte oder Verhinderung derselben; die erforderlichen Maßnahmen für die Bewahrung des Unternehmenswertes, einschließlich der provisorischen Führung, auch einzelner Betriebszweige, im Sinne der bestmöglichen Gewinne.

Das Genossenschaftsvermögen, das sich aus der Auflösung ergibt wird in folgender Reihenfolge verwendet:

- Rückerstattung des von den Mitgliedern tatsächlich eingezahlten Kapitals, allenfalls aufgewertet durch die per Statuten geregelten und beschlossenen Rückvergütungen.
- Zuweisung an den Mutualitätsfond für die Förderung und Entwicklung des Genossenschaftswesens, gegründet gemäß Artikel 11 Gesetz Nr. 59 vom 31 Januar 1992 von der Lega nazionale delle Cooperative e Mutue.

TITEL XI

STREITIGKEITEN

Artikel 44 - Schlichtungsklausel (Mediationsklausel)

Zu jeglicher Streitfrage, die zwischen den Mitgliedern und der Genossenschaft hinsichtlich der Mitgliedschaft und Genossenschaft aufkommen sollte, muss, soweit das Gesetz nicht die Teilnahme der Staatsanwaltschaft am Verfahren vorschreibt, vorab und bei sonstiger Unverfolgbarkeit der gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Anträge ein Mediationsverfahren bei der Mediationsstelle der Rechtsanwaltskammer Bozen und im Sinne der Mediationsordnung der genannten Mediationsstelle unternommen werden.

Diesen Bestimmungen unterliegen auch Streitfragen, die von Verwaltern, Liquidatoren und Rechnungsprüfern bzw. ihnen gegenüber aufgeworfen werden und die Regelung des genossenschaftlichen Verhältnisses betreffen, sowie jene, welche die Anfechtung der Entscheidungen/Beschlüsse der Mitglieder und der Genossenschaftsorgane betreffen.

TITEL XII
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 45 - Reglements

Um die interne Organisation der Genossenschaft und die Beziehungen zwischen der Genossenschaft und den Mitgliedern zu regeln, kann der Verwaltungsrat Reglements und Geschäftsordnungen verfassen, die daraufhin der Vollversammlung, sofern von den Statuten nicht anders geregelt, zur Abstimmung mit den für die außerordentliche Versammlung vorgesehenen Mehrheiten vorgelegt werden.

Die Kriterien und Modalitäten für die Wahl des Verwaltungsrates und des Kontrollorgans, die Zuweisung der Vollmachten und Verantwortungen an ausführende Verwalter und an Verwalter, die keine Mitglieder sind, oder an Ausschussorgane, sowie die Ausführung der Beziehungen zwischen Verwaltungsrat und ausführenden Verwaltern und Direktion können, wie auch die Vorschriften für die Häufigkeit der Sitzungen des Verwaltungsrates und der Ablauf der Ausschussorgane durch eigene Reglements geregelt werden.

*** Alle Angaben und Bezeichnungen in diesen Statuten beziehen sich gleichermaßen und ohne Unterscheidung auf jeweils Frau und Mann und jeweils auch auf die anderen Geschlechter.**

F.to VIEHWEIDER Thomas
F.to Notaio Federica Isotti L.S.

ALLEGATO “C” ALLA RACC. 3803

STATUTO

TITOLO I

DENOMINAZIONE - SEDE – DURATA

Articolo 1 - Denominazione

E' costituita la società cooperativa denominata “Demos 2.0 - Genossenschaft/società cooperativa” avente sede nel Comune di Bolzano.

La Cooperativa potrà istituire sedi secondarie, succursali, agenzie e rappresentanze, sia in Italia che all'estero, nei modi e termini di legge.

Per tutto quanto non espressamente previsto nel presente statuto e nei relativi regolamenti attuativi, si applicano le disposizioni del codice civile e delle leggi speciali sulle cooperative, nonché le disposizioni in materia di società per azioni, in quanto compatibili con la disciplina cooperativistica.

Articolo 2 – Durata e adesioni

La durata della Cooperativa è fissata dalla costituzione fino al 31.12.2050. Essa potrà essere prorogata o sciolta anticipatamente con deliberazione dell'assemblea straordinaria dei soci.

La Cooperativa aderisce alla Lega Nazionale delle Cooperative e Mutue con sede in Roma e alla sua articolazione territoriale, Legacoopbund, accettandone gli statuti.

TITOLO II

SCOPO – OGGETTO

Articolo 3 - Scopo sociale

Lo scopo della cooperativa è quello di gestire insieme ai soci le attività di cui all'articolo 4 al fine di ottenere per questi ultimi condizioni economiche, sociali e professionali migliori.

Nello svolgimento della propria attività la cooperativa si avvarrà delle prestazioni lavorative dei soci; possibilmente tali prestazioni dovranno prevalere; la gestione della cooperativa è finalizzata innanzitutto al conseguimento dei parametri di scambio mutualistico prevalente come previsto dall'art. 2512 ss. del codice civile.

Nello svolgimento della propria attività la cooperativa può impiegare anche soggetti terzi non soci.

Ai fini del raggiungimento dello scopo sociale e mutualistico come regolato dalla legge n. 142 del 3.4.2001 e successive modificazioni ed integrazioni, i soci instaurano con la cooperativa un

ulteriore rapporto di lavoro, in forma subordinata o autonoma o in una qualsiasi altra forma ammessa dalla legge italiana. Le modalità di svolgimento delle prestazioni lavorative dei soci sono disciplinate da un apposito regolamento approvato ai sensi dell'articolo 6 della legge n. 142 del 3.4.2001.

Nei rapporti aventi carattere mutualistico la cooperativa deve rispettare il principio della parità di trattamento.

Articolo 4 - Oggetto sociale

Per il raggiungimento degli scopi di cui all'articolo 3, la Cooperativa promuove e realizza le seguenti attività, che devono essere improntate ai principi dell'indipendenza politica e del plurilinguismo:

- Attività informativa a carattere partecipativo nell'ambito dei media, della politica sociale, della cultura, della comunicazione, della convivenza, della democrazia, usando media di qualsiasi tipo rivolte a persone private, enti, persone giuridiche, organizzazioni e soggetti di diritto pubblico;
- Organizzazione di eventi nonché *event management* di qualsiasi tipo;
- Organizzazione, gestione e supporto di attività di formazione e aggiornamento nell'ambito dei media, della politica sociale, della cultura, della comunicazione, della convivenza e della democrazia;
- Attività di marketing, comunicazione, grafica, pubblicazione ed editoria a carattere partecipativo di qualsiasi tipo.

In particolare, la cooperativa persegue l'obiettivo di implementare e gestire una piattaforma online, improntata ai principi della partecipazione e cogestione democratica, del coinvolgimento della comunità, della responsabilità sociale, della solidarietà e dello sviluppo di una società umana. Il regolamento operativo di tale piattaforma fa riferimento sostanziale ai principi conati nel documento programmatico della Rete per la Partecipazione del Sudtirolo, nella versione di dicembre 2011.

Per le attività di editoria e comunicazione, la cooperativa aderisce al Codice di Autodisciplina come adottato e aggiornato dall'Istituto dell'Autodisciplina Pubblicitaria (IAP). È tassativamente vietata la raccolta del risparmio fra il pubblico, sotto ogni forma. Inoltre la cooperativa, con deliberazione del Consiglio di Amministrazione, potrà compiere tutti gli atti e concludere tutte le operazioni contrattuali di natura commerciale e industriale, mobiliare, immobiliare e finanziaria, finalizzate alla realizzazione degli scopi sociali o comunque direttamente o indirettamente attinenti ai medesimi, quali a mero titolo d'esempio: acquisire partecipazioni in altre imprese;

costituire società di qualsiasi tipo, comprese società per azioni, società a responsabilità limitata o società cooperative ai sensi di legge; contrarre mutui ipotecari passivi; concedere avalli cambiari, fideiussioni o garanzie ipotecarie a cooperative e a consorzi di cooperative, retti e disciplinati dai principi della mutualità secondo le leggi dello Stato, nonché a società ordinarie partecipate direttamente dalla cooperativa e/o da altre cooperative; dare adesioni e partecipare ad altri enti ed organismi economici anche se a responsabilità sussidiaria e multipla, anche con scopi consortili e fideiussori, diretti a consolidare e sviluppare il movimento cooperativo, ad agevolarne gli scambi, i guadagni, il credito e l'assicurazione, a coordinarne le attività previdenziali, assistenziali, ricreative, mutualistiche, di formazione cooperativa; partecipare ad un gruppo cooperativo paritetico ai sensi dell'articolo 2545-septies del codice civile.

La cooperativa si propone, inoltre, di costituire fondi per lo sviluppo tecnologico o per la ristrutturazione o il potenziamento aziendale.

TITOLO III

SOCI

Articolo 5 – numero e requisiti

Il numero dei soci è variabile, ma non può essere inferiore a quello stabilito dalla legge.

Possono essere soci della cooperativa tutte le persone fisiche e giuridiche aventi capacità di agire, e in particolare coloro che abbiano maturato una capacità professionale nei settori rientranti nell'oggetto sociale o che comunque possano collaborare al raggiungimento dei fini sociali con la propria attività lavorativa o professionale.

L'ammissione di soci è finalizzata all'effettivo svolgimento dello scambio mutualistico e all'effettiva partecipazione del socio all'attività economica della cooperativa; l'ammissione deve rispettare le capacità economiche della cooperativa al fine di soddisfare gli interessi dei soci, avuto riguardo anche alle strategie imprenditoriali di medio e lungo periodo.

Non possono essere soci coloro che esercitano in proprio imprese identiche o affini a quella della cooperativa e sono pertanto in concorrenza con essa, salvo diversa deliberazione del Consiglio di amministrazione assunta in conformità alle leggi speciali in materia di cooperazione nel lavoro. Al fine di rendere possibile l'ammissione del socio l'organo amministrativo dovrà valutare i settori economici e i mercati in cui esso opera, tenere conto delle sue dimensioni imprenditoriali e definire il suo ambito di attività all'interno e fuori dalla cooperativa.

Possono far parte della cooperativa soci lavoratori, soci sovventori e soci finanziatori.

In particolare:

1. Sono soci lavoratori coloro che prestano attività di lavoro remunerato, che può consistere

anche in una collaborazione autonoma, a progetto o in lavori interinali.

2. I soci sovventori sono coloro che con il loro apporto contribuiscono al fondo per lo sviluppo tecnologico ai sensi dell'art. 4 del presente statuto. Il rapporto societario, i diritti e gli obblighi dei soci sovventori sono regolati dallo Statuto e, per gli aspetti non contemplati dallo stesso, da un apposito regolamento; per eventuali ulteriori aspetti non regolati dalle predette fonti si applicherà in via analogica la disciplina prevista per i soci finanziatori.

3. Per quanto riguarda i soci finanziatori e i loro diritti e doveri si rinvia al titolo IV del presente Statuto.

I voti attribuiti ai soci sovventori e finanziatori non possono in nessun caso superare un terzo dei voti spettanti alla totalità dei soci.

Articolo 6 - Domanda di ammissione

La domanda di ammissione come socio viene proposta per iscritto al Consiglio d'Amministrazione. La domanda deve contenere quanto segue:

1. Indicazione del nome, cognome, residenza, data e luogo di nascita del soggetto richiedente;
2. Indicazione dell'effettiva attività svolta;
3. Ammontare del capitale che si propone di sottoscrivere, il quale non dovrà comunque essere inferiore, né superiore, al limite minimo e massimo fissato per legge;
4. Dichiarazione di adesione al presente statuto e alle deliberazioni adottate dagli organi sociali;
5. Espresa e specifica dichiarazione di accettazione della clausola di conciliazione di cui all'art. 44;
6. Indicazione di eventuali motivi di incompatibilità per l'ammissione quale socio della cooperativa;

Qualora la domanda venga fatta da o per conto di una persona giuridica, essa dovrà contenere inoltre le seguenti indicazioni:

- a) ragione sociale e denominazione, forma giuridica, codice fiscale e sede legale;
- b) organo sociale che ha autorizzato la domanda con allegazione della relativa deliberazione;
- c) qualità e poteri della persona firmataria della domanda.

Qualora la domanda venga proposta da o per conto di persone giuridiche, dovranno essere allegati anche i seguenti documenti:

- copia dell'atto di costituzione e dello Statuto vigente al momento della domanda;

- estratto della delibera dell'organo di amministrazione con cui viene autorizzata la presentazione della domanda e l'adesione quale socio alla cooperativa.

Articolo 7 – Procedura di ammissione

Il consiglio di amministrazione, accertata la sussistenza dei requisiti e delle condizioni di cui al precedente articolo 5 e l'inesistenza delle cause di incompatibilità, delibera entro sessanta giorni sulla domanda e stabilisce le modalità e i termini per il versamento del capitale sociale.

La delibera di ammissione deve essere comunicata all'interessato e annotata a cura degli amministratori nel libro dei soci.

In caso di rigetto della domanda di ammissione, il consiglio di amministrazione deve comunicare entro sessanta giorni il rigetto e motivare lo stesso. In tal caso il richiedente può richiedere entro sessanta giorni dalla comunicazione che sia l'assemblea dei soci a pronunciarsi sulla sua domanda di ammissione. In tal caso l'assemblea dei soci delibera alla prima seduta successiva alla predetta domanda.

Nel caso di deliberazione difforme da quella del consiglio di amministrazione, quest'ultimo è tenuto a recepire quanto stabilito dall'assemblea con deliberazione da assumersi entro trenta giorni dalla data dell'assemblea stessa.

Il consiglio di amministrazione illustra nella relazione di bilancio le ragioni delle determinazioni assunte con riguardo all'ammissione di nuovi soci.

Attraverso un regolamento adottato ai sensi dell'art. 45 del presente Statuto potrà essere disciplinata la possibilità di un'adesione provvisoria o in prova di un socio.

Articolo 8 - Obblighi e diritti dei soci

I soci assumono i seguenti obblighi:

- a) versamento immediato e integrale della partecipazione sottoscritta come anche dei successivi eventuali aumenti di capitale sottoscritti volontariamente o deliberati dall'assemblea dei soci, nonché pagamento degli oneri a ciò connessi e in particolare delle spese di amministrazione dei soci e di gestione dei soci;
- b) tempestiva comunicazione di ogni variazione di indirizzo;
- c) osservanza dello Statuto, delle deliberazioni, dei regolamenti e degli ordinamenti interni, deliberati e adottati dagli organi sociali;
- d) partecipazione all'attività sociale della cooperativa.

I soci hanno diritto di esaminare il libro dei soci e quello delle delibere assembleari nonché di ottenerne a loro spese degli estratti dai predetti libri.

Un ventesimo dei soci che lo richieda ha diritto di esaminare per il tramite di un rappresentante, eventualmente assistito da un professionista di fiducia, il libro delle adunanze e delle deliberazioni del Consiglio di Amministrazione e del comitato esecutivo qualora costituito.

I diritti previsti dai due precedenti commi non spettano ai soci in mora con i conferimenti o altri pagamenti dovuti alla società.

Articolo 9 - Perdita della qualità di socio

La qualità di socio si perde per recesso, esclusione o per causa di morte.

Articolo 10 - Recesso del socio

Il socio può recedere dalla cooperativa nei casi previsti dalla legge e dal presente statuto.

Sono cause di recesso:

- la perdita dei requisiti per l'ammissione;
- l'impossibilità di partecipare al raggiungimento degli scopi sociali;
- il dissenso dalle deliberazioni riguardanti il mutamento dell'oggetto sociale.

È vietato in ogni caso il recesso parziale.

La dichiarazione di recesso deve essere comunicata alla cooperativa mediante raccomandata.

Entro sessanta giorni dalla comunicazione di recesso il consiglio di amministrazione verifica se ricorrono i motivi che, a norma della legge e del presente statuto, legittimano il recesso.

Qualora non sussistano i requisiti per il recesso, un componente del consiglio di amministrazione ne dà immediata comunicazione al socio; entro sessanta giorni dal ricevimento della comunicazione il socio recedente può attivare la procedura di cui all' articolo 44.

Articolo 11 – Esclusione

L'esclusione può essere deliberata dal Consiglio d'Amministrazione, oltre che nei casi previsti dalla legge, nei confronti del socio:

- che abbia perduto i requisiti richiesti per l'ammissione;
- che risulti gravemente inadempiente alle obbligazioni su di lui gravanti in forza della legge, dello statuto, di un regolamento o delle deliberazioni adottate dagli organi sociali o che abbia costretto la società ad agire giudizialmente al fine di ottenere l'adempimento di obbligazioni da lui assunte nei confronti della cooperativa;

- che si renda moroso nel versamento del capitale sociale o nell'adempimento di eventuali altri obblighi di pagamento o prestazioni sussistenti a qualsiasi titolo nei confronti della cooperativa e che nel loro ammontare corrispondano almeno al capitale sottoscritto dal socio. In questi casi il provvedimento d'esclusione dovrà essere preceduto da una diffida al pagamento con concessione di un termine non inferiore a 10 giorni.

- che venga a trovarsi in una delle situazioni di incompatibilità previste dall'articolo 5, o che comunque svolga o tenti di svolgere attività che sia in concorrenza diretta o indiretta con la cooperativa;

- che arrechi, in qualunque modo, gravi danni materiali alla cooperativa o assuma iniziative o comportamenti che siano direttamente o indirettamente pregiudizievoli al conseguimento degli obiettivi della cooperativa o dell'oggetto sociale;

- che non abbia comunicato il cambio di indirizzo rendendosi irreperibile per un periodo superiore a sei mesi;

- che, in quanto persona giuridica, ente o associazione, sia sottoposto a procedura di liquidazione o a procedure concorsuali o ad altre procedure aventi gli stessi effetti sostanziali.

L'esclusione comporta la perdita immediata dei diritti spettanti ai soci, fatto salvo quanto previsto dal successivo articolo 12.

Le deliberazioni d'esclusione sono comunicate ai soci destinatari mediante raccomandata con ricevuta di ritorno.

Contro la deliberazione d'esclusione il socio può entro 60 giorni dalla comunicazione attivare la procedura di cui all'art. 44 dello statuto.

L'esclusione è efficace dal giorno dell'annotazione nel libro dei soci, da eseguirsi a cura degli amministratori; l'eventuale impugnazione non ha efficacia sospensiva.

Articolo 12 - Liquidazione

I soci receduti o esclusi hanno diritto agli eventuali dividendi maturati prima della cessazione del rapporto e non ancora distribuiti nonché al rimborso del capitale da essi effettivamente versato ed eventualmente rivalutato ai sensi del successivo articolo 28, lettera c), ovvero attraverso l'erogazione del ristorno.

Le somme di cui al precedente comma saranno eventualmente ridotte in proporzione alle perdite imputabili al capitale o delle pretese che la cooperativa vanta ad un qualsiasi titolo nei confronti del socio. La liquidazione avverrà sulla base del bilancio d'esercizio relativo all'anno nel quale si è verificato lo scioglimento del rapporto sociale.

Il pagamento deve essere fatto entro 180 giorni dall'approvazione del bilancio stesso, e in una forma tale da gravare o ostacolare il meno possibile la cooperativa e la sua attività.

La liquidazione o il rimborso della frazione di capitale assegnata al socio attraverso l'erogazione del ristorno può essere corrisposta in più rate, unitamente agli interessi legali, entro un termine massimo di 5 (cinque) anni.

Articolo 13 - Morte del socio

In caso di morte del socio, gli eredi o i legatari del socio defunto hanno diritto a ottenere il rimborso del capitale interamente liberato, eventualmente rivalutato, nella misura e con le modalità di cui al precedente articolo 12.

Gli eredi e i legatari del socio deceduto dovranno presentare, unitamente alla richiesta di liquidazione del capitale di spettanza, atto notorio o altra idonea documentazione dalla quale risulti chi sono gli aventi diritto.

Gli eredi che abbiano i presupposti per essere ammessi quali soci possono, salvo un loro relativo accordo con gli altri eredi, subentrare nella posizione di socio del de cuius. Ciò sarà accertato con delibera del consiglio d'amministrazione.

In difetto di un tale accordo e di un tale accertamento troverà applicazione l'art. 2347 c.c.

Un subentro potrà avvenire esclusivamente per intero e a favore di un'unica persona.

La qualità di socio viene meno con la morte del socio, qualora entro 60 giorni non venga trovata o avviata la procedura di subentro ai sensi del presente articolo.

Articolo 14 - Termini di decadenza,

I soci receduti od esclusi e gli eredi del socio deceduto devono richiedere il rimborso del capitale versato ed eventualmente rivalutato entro 5 anni dalla data di approvazione del bilancio d'esercizio nel cui anno di riferimento è divenuto efficace lo scioglimento del rapporto sociale.

Qualora la richiesta di rimborso non venga effettuata nel termine suddetto, il relativo capitale è devoluto con deliberazione del consiglio d'amministrazione al fondo di riserva legale.

TITOLO IV

STRUMENTI FINANZIARI

Articolo 15 - Norme applicabili

Ferme restando le disposizioni di cui al Titolo III del presente Statuto, possono essere ammessi alla Cooperativa soci finanziatori, di cui all'art. 2526 cod. civ.

Rientrano in tale categoria anche i soci sovventori disciplinati dall'art. 4 della legge n. 59 del 31 gennaio 1992, nonché i possessori delle azioni di partecipazione cooperativa di cui agli artt. 5 e 6 della stessa legge n. 59.

Oltre a quanto espressamente stabilito dal presente Titolo, ai soci finanziatori si applicano le disposizioni dettate per i soci lavoratori, in quanto compatibili con la natura del rapporto. Non si applicano le disposizioni concernenti i requisiti di ammissione, le cause di incompatibilità e le condizioni di trasferimento.

Articolo 16 - Imputazione a capitale sociale

I conferimenti dei soci finanziatori sono imputati ad una specifica sezione del capitale sociale della Cooperativa.

A tale sezione del capitale sociale è altresì imputato il fondo per il potenziamento aziendale costituito con i conferimenti dei soci sovventori, di cui al precedente articolo 4 del presente Statuto.

I conferimenti dei soci finanziatori possono avere ad oggetto denaro, beni in natura o crediti, e sono rappresentati da azioni nominative trasferibili.

I versamenti sulle azioni sottoscritte dai soci finanziatori devono essere erogati in denaro in importi costituiti da un multiplo di € 50,00; il 25% dei versamenti dovranno essere effettuati all'atto della sottoscrizione e la restante parte dovrà essere versata entro la scadenza fissata dal consiglio d'amministrazione.

La cooperativa potrà fissare mediante regolamento un importo minimo che i soci finanziatori hanno l'obbligo di versare nonché prevedere un'eventuale differenziazione di tale importo minimo a seconda che i soci finanziatori siano persone fisiche o giuridiche.

Articolo 17 - Trasferibilità dei titoli

Salvo contraria disposizione adottata dall'assemblea in sede di emissione dei titoli, le azioni dei soci finanziatori possono essere sottoscritte e trasferite esclusivamente previo consenso del consiglio di amministrazione.

Il socio finanziatore che intenda trasferire le azioni deve comunicare al consiglio di amministrazione il potenziale acquirente e il consiglio ha la facoltà di pronunciarsi entro 60 giorni dal ricevimento della comunicazione.

In caso di mancato gradimento del soggetto acquirente indicato dal socio che intende trasferire i titoli, il consiglio provvederà ad indicarne altro gradito. Decorso il predetto termine, il socio sarà libero di vendere all'acquirente proposto dal consiglio d'amministrazione.

In caso di trasferimento delle azioni a soci cooperatori, si applica la disciplina contenuta nelle lettere b) e c) dell'articolo 2514 c.c.

La cooperativa ha facoltà di non emettere i titoli ai sensi dell'art. 2346, comma 1.

Articolo 18 - Modalità di emissione e diritti amministrativi dei soci finanziatori

L'emissione delle azioni destinate ai soci finanziatori deve essere disciplinata con deliberazione dell'assemblea ordinaria con la quale devono essere stabiliti l'importo complessivo dell'emissione e le modalità di esercizio del diritto di opzione dei soci sulle azioni emesse, ovvero l'autorizzazione agli amministratori ad escludere o limitare lo stesso, in conformità con quanto previsto dagli artt. 2524 e 2441 cod. civ. e in considerazione dei limiti disposti per i soci ordinari dalle lettere b) e c) dell'articolo 2514, che dovrà essere specificata su proposta motivata degli amministratori.

Con la stessa deliberazione potranno altresì essere stabiliti il prezzo di emissione delle azioni e gli eventuali diritti patrimoniali o amministrativi eventualmente attribuiti ai portatori delle azioni stesse nonché la durata minima della partecipazione stessa.

A ciascun socio è attribuito un voto, indipendentemente dal numero delle azioni sottoscritte. Qualora siano emesse azioni ai sensi dell'articolo 4 della legge n. 59 del 31 gennaio 1992 non potranno comunque essere attribuiti più di cinque voti a ciascun socio.

Ai soci lavoratori non possono essere attribuiti voti in qualità di sottoscrittori di strumenti finanziari.

I voti complessivamente attribuiti ai soci finanziatori, unitamente ai voti attribuiti ai soci sovventori, non possono superare il terzo dei voti spettanti alla totalità dei soci presenti o rappresentati in ciascuna assemblea.

Qualora, per qualunque motivo, si superi tale limite, i voti dei soci finanziatori e dei soci sovventori saranno ricondotti automaticamente entro la misura consentita, applicando un coefficiente correttivo determinato dal rapporto tra il numero massimo dei voti ad essi attribuibili per legge e il numero di voti da essi portato.

Ai soci finanziatori e ai soci sovventori, in considerazione dell'interesse che essi hanno nell'attività sociale, è riservata la nomina di almeno un amministratore e un sindaco effettivo e supplente, nonché di un liquidatore in caso di scioglimento della cooperativa. Tale nomina sarà deliberata a maggioranza dei voti spettanti ai soci finanziatori e soci sovventori. La deliberazione dell'assemblea di emissione delle azioni destinate ai soci finanziatori può prevedere la nomina da parte di tale categoria di un numero maggiore di amministratori o sindaci, purché non superiore ad un terzo dei complessivi membri dell'organo.

La deliberazione dell'assemblea stabilisce altresì i compiti che vengono attribuiti al consiglio di amministrazione ai fini del collocamento dei titoli.

Articolo 19 - Diritti patrimoniali e recesso dei soci finanziatori

Il privilegio delle azioni dei soci finanziatori nella ripartizione degli utili è determinato dall'assemblea straordinaria. Il privilegio a favore dei soci sovventori e delle azioni di partecipazione cooperativa è soggetto al limite stabilito ai sensi degli articoli 4 e 5 della legge 31 gennaio 1992, n. 59.

La remunerazione delle azioni sottoscritte dai soci lavoratori, in qualità di soci finanziatori, è soggetta alla limitazione dell'articolo 2514 c.c. lettera a)

La riduzione del capitale sociale in conseguenza di perdite non comporta riduzione del valore nominale delle azioni dei soci finanziatori, se non per la parte di perdita che eccede il valore nominale complessivo delle azioni dei soci cooperatori.

In caso di scioglimento della Cooperativa, le azioni di socio finanziatore hanno diritto di prelazione nel rimborso del capitale sociale, rispetto a quelle dei soci cooperatori, per il loro intero valore. Ai fini della determinazione del valore delle azioni si terrà conto del valore nominale.

Il diritto di recesso spetta ai soci finanziatori quando sia decorso il periodo minimo di partecipazione.

In mancanza di una tale determinazione, il periodo minimo corrisponde a tre anni dall'iscrizione nel libro soci. Fermi restando i casi previsti dalla legge, la deliberazione di emissione delle azioni può escludere la possibilità di recesso, ovvero stabilire un periodo maggiore.

In tutti i casi in cui è ammesso il recesso, il rimborso delle azioni dovrà avvenire secondo le modalità previste dagli artt. 2437-bis e seguenti, cod. civ., per un importo corrispondente al valore nominale.

Articolo 20 - Azioni di partecipazione cooperativa

Con deliberazione dell'assemblea ordinaria la Cooperativa può adottare procedure di programmazione pluriennale finalizzate allo sviluppo e all'ammodernamento aziendale, secondo quanto stabilito dall'art. 5, legge 31 gennaio 1992, n. 59. In tal caso, la Cooperativa può emettere azioni di partecipazione cooperativa, anche al portatore se interamente liberate, prive del diritto di voto e privilegiate nella ripartizione degli utili.

Le azioni di partecipazione cooperativa possono essere emesse per un ammontare non superiore alla minor somma tra il valore contabile delle riserve indivisibili o del patrimonio netto risultante dall'ultimo bilancio certificato e depositato presso il Ministero competente.

Le azioni di partecipazione cooperativa devono essere offerte in opzione, in misura non inferiore alla metà, ai soci e ai lavoratori dipendenti della Cooperativa.

Alle azioni di partecipazione cooperativa spettano i privilegi patrimoniali stabiliti dal precedente articolo 19.

Con apposito regolamento, approvato dall'assemblea ordinaria dei soci, sono determinate le modalità attuative delle procedure di programmazione di cui al primo comma del presente articolo. L'assemblea speciale degli azionisti di partecipazione determina le modalità di funzionamento dell'assemblea stessa e di nomina del rappresentante comune.

Il rappresentante comune degli azionisti di partecipazione può esaminare i libri sociali e chiederne estratti, può assistere alle assemblee dei soci, con facoltà di impugnarne le deliberazioni; provvede all'esecuzione delle deliberazioni dell'assemblea speciale e tutela gli interessi dei possessori di azioni di partecipazione cooperativa nei confronti della Cooperativa.

Articolo 21 - Diritti di partecipazione alle assemblee

I soci finanziatori partecipano alle assemblee generali dei soci.

Ricorrendo le condizioni stabilite dalla legge ovvero dal presente Statuto, i soci finanziatori sono costituiti in assemblea speciale.

L'assemblea speciale è convocata dal consiglio di amministrazione della Cooperativa o dal rappresentante comune della categoria, quando questi lo ritengano necessario o quando ne sia fatta richiesta da almeno un terzo dei soci finanziatori.

Le modalità di funzionamento delle assemblee speciali sono determinate in base a quanto previsto dagli artt. 2363 e seguenti, cod. civ., in quanto compatibile con le disposizioni del presente Statuto.

Articolo 22 - Strumenti finanziari di debito

Con deliberazione dell'assemblea straordinaria, la Cooperativa può emettere obbligazioni nonché strumenti finanziari di debito diversi dalle obbligazioni, ai sensi degli artt. 2410 e seguenti, cod. civ.

In tal caso, con regolamento approvato dalla stessa assemblea straordinaria, sono stabiliti:

- l'importo complessivo dell'emissione, il numero dei titoli emessi ed il relativo valore nominale unitario;

- le modalità di circolazione;

- i criteri di determinazione del rendimento e le modalità di corresponsione degli interessi;

- il termine di scadenza e le modalità di rimborso.

La deliberazione dell'assemblea stabilisce altresì i compiti che vengono attribuiti al consiglio di amministrazione ai fini del collocamento dei titoli.

All'assemblea speciale degli obbligazionisti e al relativo rappresentante comune si applica quanto previsto dalle norme di legge e dal precedente articolo 21.

TITOLO V

RISTORNI

Articolo 23 – Ristorni

L'assemblea che approva il bilancio può deliberare, su proposta del consiglio di amministrazione, la restituzione a titolo di ristorno, in relazione al lavoro eseguito dai soci e sempre nel rispetto della normativa vigente, delle disposizioni del presente Statuto e del relativo regolamento.

Ai fini del ristorno la cooperativa riporta nel bilancio i dati relativi all'attività mutualistica svolta con i soci. Le somme complessive ripartibili ai soci a titolo di ristorno non possono eccedere l'avanzo di gestione annuale.

L'assemblea può deliberare la ripartizione dei ristorni, a ciascun socio:

- a) in forma liquida;
- b) mediante aumento proporzionale della partecipazione al capitale sociale con l'emissione di nuove azioni;
- c) mediante l'emissione di strumenti finanziari di cui al precedente Titolo IV.

TITOLO VI

PATRIMONIO SOCIALE ED ESERCIZIO SOCIALE

Articolo 24 - Elementi costitutivi

Il patrimonio della cooperativa è costituito:

a) dal capitale sociale, che è variabile ed è formato:

1. da un numero illimitato di azioni dei soci lavoratori;
2. dalle azioni dei soci finanziatori;

3. dalle azioni dei soci sovventori destinate al Fondo dedicato allo sviluppo tecnologico o alla ristrutturazione o al potenziamento aziendale di cui all'articolo 15 del presente statuto;
 4. dalle azioni di partecipazione cooperativa, destinate alla realizzazione di programmi pluriennali di sviluppo e ammodernamento;
- b) dalla riserva legale formata con gli utili e con il valore delle azioni eventualmente non rimborsate ai soci receduti o esclusi e agli eredi dei soci deceduti;
- c) dalla riserva straordinaria;
- d) da ogni altro fondo di riserva costituito dall'assemblea e/o previsto per legge.

Per le obbligazioni sociali risponde soltanto la cooperativa con il suo patrimonio e, conseguentemente, i soci nel limite delle azioni sottoscritte.

Le riserve sono indivisibili e, conseguentemente, non possono essere ripartite tra i soci cooperatori durante la vita della cooperativa, né all'atto del suo scioglimento.

La cooperativa può costituire uno o più patrimoni destinati a specifici affari nei limiti e alle condizioni previste dagli articoli 2447-bis e ss. del codice civile.

Articolo 25 - Caratteristiche delle azioni cooperative

In mancanza di una diversa regolamentazione dallo Statuto, le azioni non possono essere sottoposte a pegno, diritti di godimento o vincoli volontari, né cedute senza l'autorizzazione del consiglio di amministrazione. Il socio che intenda trasferire le proprie azioni deve darne comunicazione al consiglio di amministrazione con lettera raccomandata. Salvo espressa autorizzazione del consiglio di amministrazione, la cessione può essere effettuata esclusivamente per l'intero pacchetto di azioni detenuto dal socio.

Il provvedimento del consiglio di amministrazione deve essere comunicato al socio entro sessanta giorni dal ricevimento della richiesta, decorsi i quali il socio è libero di trasferire la propria partecipazione e la cooperativa deve iscrivere nel libro dei soci l'acquirente, a condizione che lo stesso abbia i requisiti previsti dall'articolo 5.

In caso di diniego dell'autorizzazione, il consiglio di amministrazione deve motivare la relativa delibera e comunicarla entro sessanta giorni al socio interessato, il quale, entro i successivi sessanta giorni dalla comunicazione, può attivare le procedure di cui all'articolo 44.

La cooperativa ha facoltà di non emettere le azioni ai sensi dell'articolo 2346, comma 1, del codice civile.

Articolo 26 – Acquisto di azioni proprie

Gli amministratori sono autorizzati ad acquistare o riscattare quote o azioni della cooperativa, in presenza dei requisiti di cui all'art. 2545 quinquies, comma 2 c.c. e a condizione che l'acquisto o il riscatto avvengano nei limiti dell'utile distribuibile come indicato nell'ultimo bilancio annuale approvato e nel limite delle riserve disponibili.

Articolo 27 - Bilancio di esercizio

L'esercizio sociale va dal 1° gennaio al 31 dicembre di ogni anno.

Alla fine di ogni esercizio sociale il consiglio di amministrazione provvede alla redazione del bilancio, previo esatto inventario, da compilarsi in conformità alle norme di legge.

Il bilancio deve essere presentato all'assemblea dei soci per l'approvazione entro centoventi giorni dalla chiusura dell'esercizio sociale, ovvero entro centottanta giorni qualora ricorrano le condizioni di cui all'ultimo comma dell'articolo 2364 c.c., certificate dal consiglio di amministrazione in sede di relazione sulla gestione.

L'assemblea che approva il bilancio delibera anche sulla ripartizione dei ristorni e quindi sulla distribuzione degli utili annuali destinandoli:

- a) a riserva legale nella misura minima prevista dalla legge;
- b) al Fondo mutualistico per la promozione e lo sviluppo della cooperazione di cui all'art. 11 della legge 31.1.92 n. 59, nella misura del 3%;
- c) a rivalutazione gratuita del capitale sociale, nei limiti ed alle condizioni previsti dall'art. 7 della legge 31 gennaio 1992, n. 59;
- d) ad eventuale ripartizione dei ristorni nel rispetto dei limiti e delle modalità previste dal precedente articolo 23;
- e) ad eventuale remunerazione del capitale sociale effettivamente versato in misura non superiore al limite stabilito dalla legge ai fini del riconoscimento dei requisiti mutualistici;
- f) ad eventuale remunerazione delle azioni dei soci finanziatori, dei soci sovventori e delle azioni di partecipazione cooperativa nei limiti e secondo le modalità stabiliti dal Titolo IV del presente Statuto;
- g) la restante parte a riserva straordinaria, ovvero ad altri fondi o patrimoni speciali.

Gli utili devono essere prevalentemente destinati a finalità mutualistiche, intendendo come tali l'incremento delle riserve di natura indivisibile, il contributo al Fondo mutualistico e l'erogazione del ristorno.

La ripartizione di ristorni ai soci cooperatori, ai sensi del precedente articolo 23, è consentita solo una volta effettuate le destinazioni degli utili di cui alle precedenti lettere a), b) ed e).

Fermo restando quanto sopra, in caso in cui la società cooperativa dovesse percepire contributi pubblici, non sarà consentito distribuire ai soci utili provenienti dall'esercizio dell'anno di riscossione dei contributi e negli otto anni successivi. **TITOLO VII**

ORGANO ASSEMBLEARE

Articolo 28 - Assemblee

Le assemblee sono ordinarie e straordinarie.

Ove si verificassero i presupposti di legge di cui all'articolo 2540 del codice civile, le assemblee sono precedute da assemblee separate.

Le assemblee sono tenute presso la sede della cooperativa o in altro luogo all'interno dell'UE indicato nella convocazione.

Articolo 29 - Assemblea ordinaria

L'assemblea ordinaria:

- approva il bilancio;
- procede alla nomina delle cariche sociali;
- nomina i sindaci e il presidente del collegio sindacale e provvede alla loro revoca;
- conferisce l'incarico, sentito il collegio sindacale, al soggetto al quale è demandato il controllo legale dei conti e provvede alla sua revoca;
- determina il compenso degli amministratori e dei sindaci, nonché il corrispettivo spettante al soggetto al quale è demandato il controllo contabile;
- delibera sulla responsabilità degli amministratori e dei sindaci;
- delibera sull'eventuale erogazione del ristorno ai sensi dell'articolo 23 del presente statuto;
- approva i regolamenti interni, con le maggioranze previste per le assemblee straordinarie;
- delibera sull'emissione degli strumenti finanziari ai sensi dell'articolo 18 del presente statuto;
- delibera sull'adesione ad un gruppo cooperativo paritetico;
- delibera sugli altri oggetti attribuiti alla sua competenza dalla legge e dal presente statuto o sottoposti al suo esame dagli amministratori.

L'assemblea ordinaria deve essere convocata:

a) almeno una volta all'anno entro i centoventi giorni successivi dalla chiusura dell'esercizio sociale. Il termine è di centottanta giorni qualora la cooperativa sia tenuta alla redazione del bilancio consolidato ovvero se lo richiedano particolari esigenze relative alla struttura e all'oggetto della cooperativa. Gli amministratori segnalano nella relazione al bilancio, prevista dall'art. 2428, le ragioni della dilazione;

- b) quando il Consiglio di Amministrazione lo ritenga necessario;
- c) dal collegio sindacale nei casi previsti dall'art. 2406 del c.c.
- d) dagli amministratori o, in loro vece, dai sindaci entro trenta giorni dalla ricezione della richiesta fatta da tanti soci rappresentanti almeno il 10% dei soci aventi diritto di voto al momento della richiesta stessa e qualora questa sia fatta per iscritto e con indicazione delle materie da trattare.

La convocazione su richiesta dei soci non è ammessa per argomenti sui quali l'assemblea delibera, a norma di legge, su proposta degli amministratori o sulla base di un progetto o di una relazione da essi predisposta.

Articolo 30 - L'assemblea straordinaria

L'assemblea straordinaria delibera:

- sulle modificazioni dello Statuto;
- sulla nomina, sostituzioni e poteri dei liquidatori;
- su ogni altra materia attribuita ad essa dalla legge.

Articolo 31 - Modalità di convocazione

Il consiglio di amministrazione convoca le assemblee ordinarie e straordinarie mediante avviso contenente l'ordine del giorno, il luogo, la data, l'ora della prima e della seconda convocazione, che deve essere fissata almeno 24 ore dopo la prima.

La convocazione avviene secondo una delle seguenti modalità:

- mediante pubblicazione sulla “Neue Südtiroler Tageszeitung” e sul “Corriere della Sera – Corriere dell’Alto Adige”;
- mediante lettera raccomandata con avviso di ricevimento o a mani o a mezzo telefax o altro mezzo idoneo a documentare la ricezione da parte di ciascun socio avente diritto, almeno 10 giorni prima dell’assemblea;
- mediante invio di comunicazione a mezzo posta elettronica all’indirizzo indicato in sede di richiesta di ammissione quale socio con particolare riferimento alle assemblee dei soci, almeno 10 giorni prima dell’assemblea.

L’assemblea dei soci può tenersi anche tra soci collocati in luoghi diversi, vicini o lontani, collegati tra di loro con connessione audio/video qualora siano rispettate le seguenti condizioni, di cui deve essere dato atto nel verbale:

- Il presidente e il segretario che curano la redazione e sottoscrizione del verbale, devono trovarsi nello stesso luogo;
- il presidente dell’assemblea deve essere in grado di verificare identità e legittimità dei

partecipanti, di gestire lo svolgimento dell'assemblea, di accertare e proclamare i risultati delle votazioni;

- il verbalizzante deve avere la possibilità di seguire senza fraintendimenti e con chiarezza lo svolgimento dell'assemblea e i suoi avvenimenti, di cui dovrà dare atto nel verbale ;
- i partecipanti devono essere in grado di discutere e votare congiuntamente e contemporaneamente sull'ordine del giorno, nonché di verificare, ricevere e trasmettere documenti;
- nella convocazione dovranno essere indicati i luoghi di assemblea, presso i quali i partecipanti possono trovarsi e che dovranno essere collegati tra di loro a cura della cooperativa a mezzo connessione audio/video. In ogni caso l'assemblea si intende tenuta nel luogo in cui si trovano il presidente e il verbalizzante. Inoltre dovranno essere messe a disposizione tante liste presenze quanti sono i luoghi tra essi connessi con collegamento audio/video.

Articolo 32 - Costituzione dell'assemblea dei soci e validità delle deliberazioni

Hanno diritto di voto nell'Assemblea i soci iscritti nel libro dei soci da almeno novanta giorni prima della data di convocazione, che siano in regola con i versamenti dovuti a qualsiasi titolo alla Cooperativa e nei confronti dei quali non sia stato avviato il procedimento di esclusione; i soci con minore anzianità di iscrizione possono presenziare all'Assemblea, senza diritto di intervento e di voto.

Ogni socio ha un voto, qualunque sia il numero delle azioni possedute.

L'assemblea ordinaria è regolarmente costituita, in prima convocazione, con la presenza, diretta o per delega, di tanti soci che rappresentino almeno la metà più uno dei voti spettanti a tutti i soci con diritto di voto; in seconda convocazione l'assemblea delibera sugli oggetti che avrebbero dovuto essere trattati nella prima seduta qualunque sia il numero dei soci presenti;

L'assemblea straordinaria è regolarmente costituita, in prima convocazione con la presenza, diretta o per delega, di tanti soci che rappresentino almeno la metà più uno dei voti spettanti a tutti i soci con diritto di voto; in seconda convocazione l'assemblea straordinaria delibera sugli oggetti che avrebbero dovuto essere trattati nella prima seduta qualunque sia il numero dei soci presenti.

I soci intervenuti che riuniscano un terzo dei voti rappresentati nell'Assemblea, se dichiarano di non essere sufficientemente informati sugli oggetti posti all'ordine del giorno, possono chiedere

che l'Assemblea sia rinviata di non oltre cinque giorni; questo diritto non può esercitarsi che una sola volta per lo stesso oggetto.

L'assemblea ordinaria e straordinaria delibera a maggioranza assoluta dei voti presenti e rappresentati.

L'assemblea è presieduta dal Presidente della Cooperativa, il quale verifica la regolarità della costituzione, accerta l'identità e la legittimazione dei presenti, regola il suo svolgimento ed accerta i risultati delle votazioni; nomina un segretario tra i consiglieri o i soci lavoratori della cooperativa. L'assistenza del segretario non è necessaria quando il verbale dell'assemblea è redatto da un notaio.

Le deliberazioni dell'assemblea devono constare dal verbale, redatto senza ritardo e sottoscritto dal Presidente e dal segretario. Il verbale deve consentire, eventualmente anche mediante un allegato, l'identificazione dei soci astenuti o dissenzienti in ciascuna votazione nonché contenere un riassunto delle dichiarazioni in merito all'ordine del giorno.

Ciascun socio astenuto o dissenziente ha l'onere di compilare su richiesta del Presidente gli appositi allegati predisposti e messi a disposizione dalla cooperativa, e ciò al fine di una eventuale impugnativa della delibera e della identificazione della sua dichiarazione di voto.

Il verbale dell'assemblea straordinaria è redatto da un notaio.

Articolo 33 - Diritto di voto dei soci finanziatori

Anche per i soci finanziatori vale il principio di un voto per ciascun socio.

Articolo 34 - Rappresentanza nell'assemblea dei soci

Tutti i soci che, per qualsiasi motivo, non possono intervenire personalmente all'assemblea, hanno la facoltà di farsi rappresentare mediante delega scritta conferibile soltanto ad un altro socio avente diritto al voto, esclusi gli amministratori, i componenti dell'organo di controllo e i dipendenti sia della cooperativa che di società da questa controllate.

Ad ogni socio non possono essere conferite più di 10 deleghe.

I soci finanziatori possono conferire delega alle condizioni e nei limiti di cui all'articolo 2372 c.c.

Articolo 35 - Assemblee separate

Ove si verificassero i presupposti di legge di cui all'articolo 2540 c.c., la cooperativa istituisce le assemblee separate.

Il consiglio di amministrazione convoca le assemblee separate nei modi e termini previsti per l'assemblea generale. Il termine di preavviso deve essere rispettato per la prima assemblea separata.

Allo scopo di facilitare la partecipazione dei soci e, conseguentemente, la convocazione e lo svolgimento delle assemblee separate, i soci della cooperativa sono raggruppati in sezioni, in particolare avendo riguardo alle zone ove esistano sedi secondarie o unità locali. Tali sezioni potranno essere create anche in zone prive delle strutture suddette, quando per numero dei soci e importanza di attività sia ritenuto opportuno per il funzionamento della cooperativa.

Ciascuna sezione non può essere formata con un numero inferiore a 100 soci. Qualora il numero di soci di una sezione si riduca al di sotto della soglia sopra stabilita, il consiglio di amministrazione provvede ad assegnare i soci alla sezione più vicina.

Tutte le norme previste per lo svolgimento dell'assemblea generale, ordinaria o straordinaria, si applicano alle assemblee separate.

Ogni assemblea separata delibera sulle materie che formano oggetto dell'assemblea generale e nomina i delegati all'assemblea generale, in conformità con i criteri stabiliti da apposito regolamento. In ogni caso, nell'assemblea generale deve essere assicurata la rappresentanza proporzionale delle minoranze espresse dalle assemblee separate.

Tutti i delegati devono essere soci.

Rimane fermo il diritto dei soci che abbiano partecipato all'assemblea separata di assistere all'assemblea generale.

TITOLO VIII.

Consiglio di amministrazione

Articolo 36 - Composizione del consiglio di amministrazione. Nomina e cessazione degli amministratori.

L'amministrazione della cooperativa è attribuita ad un consiglio di amministrazione, composto da un minimo di 3 ed un massimo di 11 membri, eletti dall'assemblea ordinaria dei soci.

Salvo quanto previsto per la rappresentanza dei soci finanziatori e dei soci sovventori, l'amministrazione della cooperativa può essere attribuita anche a soggetti non soci, purché 2/3 (due terzi) degli amministratori sia scelta tra i soci della cooperativa.

Il consiglio di amministrazione può delegare l'amministrazione della società o l'amministrazione di specifici settori di attività nonché l'esecuzione di specifici compiti ad un amministratore unico o ad un amministratore delegato, i quali operano nel limite delle deleghe patrimoniali conferite dall'assemblea dei soci e comunque previa autorizzazione da parte dell'assemblea dei soci.

Gli amministratori rimangono in carica per tre esercizi e potranno essere rieletti.

Salvo quanto previsto dall'articolo 2390 c.c., gli amministratori possono ricoprire incarichi negli organi sociali di altre imprese a condizione che il loro svolgimento non limiti l'adempimento dei

doveri imposti dalla legge e dal presente Statuto. In tal caso gli amministratori devono essere autorizzati mediante specifica delibera del consiglio di amministrazione. In mancanza di una tale delibera l'amministratore decade dalla propria carica.

Articolo 37 - Funzionamento del Consiglio di Amministrazione

Nella sua prima seduta il consiglio di amministrazione nomina tra i propri componenti il Presidente e il Vice Presidente. Il Vice Presidente sostituisce il Presidente in caso di impossibilità di quest'ultimo ad esercitare le proprie competenze.

Il consiglio di amministrazione può affidare specifici incarichi a singoli amministratori o a un comitato esecutivo, delegando loro i necessari poteri e precisando i contenuti, i limiti e le modalità di esercizio della delega. Non possono essere delegati i poteri concernenti le materie indicate dall'articolo 2381, comma 4, c.c. nonché i poteri in materia di ammissione, di recesso ed esclusione dei soci. Il consiglio di amministrazione deve inoltre deliberare in forma collegiale nei casi in cui oggetto della decisione sia la remunerazione della prestazione mutualistica, il ritorno, il conferimento, la cessione o l'acquisto di azienda o di ramo d'azienda, la costituzione o assunzione di una partecipazione rilevante in altra società.

Gli amministratori o il comitato esecutivo cui siano stati affidati particolari incarichi riferiscono al consiglio di amministrazione e al collegio sindacale con cadenza periodica e in ogni caso almeno ogni sei mesi sul generale andamento della gestione e sulla sua prevedibile evoluzione. Essi riferiscono inoltre su quelle operazioni effettuate dalla cooperativa e dalle sue controllate che per dimensioni o caratteristiche siano di particolare rilievo.

Al Consigliere al quale siano affidati specifici incarichi è riconosciuto il compenso e/o il rimborso spese nella misura stabilita dal Consiglio di Amministrazione, previo parere favorevole del Collegio sindacale.

Articolo 38 - Compiti del Consiglio di amministrazione

Il Consiglio di amministrazione provvede, in conformità alla legge e allo Statuto, alla gestione della Cooperativa, di cui ha l'esclusiva competenza e responsabilità al fine del conseguimento dello scopo mutualistico e dell'oggetto sociale. Esso compie tutti gli atti di ordinaria e straordinaria amministrazione che non siano espressamente demandati dalla legge o dal presente Statuto all'Assemblea.

Ferme restando le attribuzioni previste dalla legge e da altre disposizioni del presente Statuto, il Consiglio di Amministrazione svolge tra l'altro i seguenti compiti:

- assume i provvedimenti ad esso demandati dallo Statuto in materia di ammissione, recesso, esclusione e decesso dei soci nonché di liquidazione della relativa quota sociale;

- propone all'Assemblea, contestualmente alla presentazione del bilancio di esercizio, il sovrapprezzo di cui all'articolo 2528, comma 2, del Codice civile;
- predisporre i Regolamenti statuari che disciplinano i rapporti tra la Cooperativa ed i soci, il funzionamento e i diversi passaggi all'interno della cooperativa per sottoporre gli stessi all'approvazione dell'assemblea;
- delibera l'acquisto o il rimborso delle azioni proprie nei limiti e alle condizioni di legge;
- relaziona, in occasione dell'approvazione del bilancio di esercizio, sui criteri seguiti nella gestione sociale per il conseguimento dello scopo mutualistico e sulla sussistenza del requisito della prevalenza mutualistica o sulle azioni che si intendono intraprendere per ristabilire take prevalenza mutualistica in caso di perdita temporanea ai sensi dell'articolo 2545-octies c.c. Nella medesima relazione il consiglio di amministrazione deve illustrare le ragioni delle determinazioni assunte con riguardo all'ammissione di nuovi soci.

Articolo 39 - Convocazione del Consiglio di amministrazione e validità delle deliberazioni

Il Consiglio di amministrazione è convocato dal Presidente tutte le volte che egli lo ritenga opportuno e, comunque, almeno una volta ogni trimestre.

Qualora ne sia fatta richiesta da un terzo dei Consiglieri o dal Collegio sindacale, il Presidente del consiglio d'amministrazione entro 15 giorni convoca il consiglio d'amministrazione con indicazione delle materie da trattare.

Il Consiglio è regolarmente costituito con la presenza della maggioranza dei Consiglieri in carica e le deliberazioni sono validamente adottate se riportano il voto favorevole della maggioranza assoluta dei Consiglieri presenti, purché tali voti non siano inferiori ad un terzo dei componenti complessivamente eletti.

La convocazione avviene secondo una delle seguenti modalità:

- mediante lettera raccomandata con avviso di ricevimento o a mani o a mezzo telefax o altro mezzo idoneo a documentare la ricezione da parte di ciascun Consigliere avente diritto, almeno 3 giorni prima della riunione;
- mediante invio di comunicazione a mezzo posta elettronica all'indirizzo indicato a tal uopo dai Consiglieri o in sede di richiesta di ammissione quale socio, almeno 3 giorni prima della riunione.

Le riunioni sono tenute presso la sede della cooperativa o in altro luogo all'interno dell'UE indicato nella convocazione.

La riunione del Consiglio di Amministrazione può tenersi anche tra Consiglieri collocati in luoghi diversi, vicini o lontani, collegati tra di loro con trasmissione audio/video.

Un tanto alle seguenti condizioni, da indicare nel verbale:

- Il presidente e il segretario che curano la redazione e sottoscrizione del verbale, devono trovarsi nello stesso luogo;
- il presidente dell'assemblea deve essere in grado di verificare identità e legittimità dei partecipanti, di gestire il corso dell'assemblea, di accertare e proclamare i risultati delle votazioni;
- il verbalizzante deve avere la possibilità di seguire chiaramente il corso e gli avvenimenti nell'assemblea di cui dovrà dare atto nel verbale;
- i partecipanti devono essere in grado a discutere e votare, assieme e contemporaneamente, sull'ordine del giorno, nonché di verificare, ricevere e trasmettere documenti;
- nella convocazione dovranno essere indicati i luoghi di assemblea, presso i quali i partecipanti possono trovarsi e che sono collegati tra di loro a cura della cooperativa a mezzo connessione audio/video. L'assemblea si intende tenuta in ogni caso nel luogo in cui si trovano il presidente e il verbalizzante. Inoltre dovranno essere messe a disposizione tante liste presenze quanti sono i luoghi tra essi connessi con collegamento audio/video.

Articolo 40 - Presidente del Consiglio di amministrazione e della cooperativa

Il Presidente del Consiglio di amministrazione e della Cooperativa è nominato dal Consiglio ed ha la firma e la rappresentanza legale della Cooperativa.

Al Presidente, in particolare, competono:

1. la stipula dei contratti e degli atti di ogni genere autorizzati dal Consiglio di amministrazione per il conseguimento dell'oggetto sociale;
2. la nomina, revoca e sostituzione di avvocati e procuratori nelle liti attive e passive riguardanti la Cooperativa presso qualunque organo di giurisdizione ordinaria e speciale;
3. l'affissione, presso la sede sociale ed in luogo accessibile ai soci, di un estratto del processo verbale relativo alla più recente revisione cooperativa o ispezione straordinaria eseguita dagli organi competenti ai sensi delle disposizioni vigenti;
4. gli adempimenti previsti dall'articolo 2383, quarto comma, del Codice civile per l'iscrizione nel Registro delle imprese dei Consiglieri e dall'articolo 2400, terzo

comma, per la iscrizione della nomina e della cessazione dei Sindaci.

Qualora il Presidente sia impossibilitato ad adempiere alle proprie funzioni, queste sono svolte dal Vice Presidente.

TITOLO IX

COLLEGIO SINDACALE E CONTROLLO LEGALE DEI CONTI

Articolo 41 - Collegio sindacale

Ove si verificassero i presupposti di legge di cui all'articolo 2543, comma 1, c.c., la cooperativa procede alla nomina del collegio sindacale, composto da tre membri effettivi e due supplenti eletti dall'assemblea.

Il collegio sindacale è costituito da revisori contabili iscritti nel registro istituito presso il Ministero della Giustizia.

L'assemblea nomina il presidente del collegio stesso.

I sindaci restano in carica per tre esercizi e scadono alla data dell'assemblea convocata per l'approvazione del bilancio relativo al terzo esercizio. Essi sono rieleggibili.

Il collegio sindacale deve vigilare sull'osservanza della legge e dello statuto, sul rispetto dei principi di corretta amministrazione e, in particolare, sull'adeguatezza dell'assetto organizzativo, amministrativo e contabile adottato dalla cooperativa e sul suo concreto funzionamento.

A tal fine, i sindaci possono in qualsiasi momento procedere, anche individualmente, ad atti di ispezione e di controllo, avendo inoltre la facoltà di chiedere agli amministratori informazioni, anche con riferimento a società controllate, sull'andamento delle operazioni sociali o su determinati affari. Possono scambiare informazioni con i corrispondenti organi delle società controllate in merito ai sistemi di amministrazione e controllo e all'andamento generale dell'attività sociale.

Nell'espletamento di specifiche operazioni di ispezione e di controllo, i sindaci, sotto la propria responsabilità e a proprie spese, possono avvalersi di propri dipendenti ed ausiliari, i quali tuttavia non debbono trovarsi in una delle condizioni di ineleggibilità e decadenza previste dall'art. 2399 c.c. L'organo amministrativo può tuttavia rifiutare agli ausiliari e ai dipendenti dei sindaci l'accesso a informazioni riservate.

In occasione dell'approvazione del bilancio di esercizio i sindaci relazionano sui criteri seguiti nella gestione sociale per il conseguimento dello scopo mutualistico e sulla sussistenza del requisito della prevalenza mutualistica.

Articolo 42 - Controllo legale dei conti

Il controllo contabile è esercitato da un revisore legale dei conti o da una società di revisione ai sensi degli articoli 2409-bis e seguenti del cod. civ.

TITOLO X SCIoglimento

Articolo 43 – Scioglimento anticipato e devoluzione del patrimonio

Lo scioglimento anticipato della Cooperativa, quando ne ricorrano i presupposti di cui all'articolo 2545–duodecies del Codice Civile, è deliberato dall'Assemblea straordinaria, la quale, con le maggioranze previste per le modificazioni dello Statuto, decide:

1. il numero dei liquidatori e le regole di funzionamento del collegio in caso di pluralità di liquidatori;
2. la nomina dei liquidatori, con indicazione di quelli cui spetta la rappresentanza della Cooperativa;
3. i principi in base ai quali deve svolgersi la liquidazione, i poteri dei liquidatori, con particolare riguardo alla cessione di singoli beni o diritti o blocchi di essi; gli atti necessari per la conservazione del valore dell'impresa, ivi compreso il suo esercizio provvisorio, anche di singoli rami, in funzione del miglior realizzo.

Il patrimonio sociale risultante dalla liquidazione sarà devoluto nel seguente ordine:

- a rimborso del capitale sociale effettivamente versato dai soci ed eventualmente rivalutato ai sensi del presente Statuto o all'erogazione del ristorno;
- al Fondo mutualistico per la promozione e lo sviluppo della cooperazione, ai sensi dell'articolo 11 della legge 31 gennaio 1992, n. 59.

TITOLO XI CONTROVERSIE

Articolo 44 – clausola di conciliazione (mediazione)

Per qualsiasi controversia che dovesse insorgere tra i soci stessi o tra i soci e la cooperativa avente ad oggetto rapporti societari o rapporti inerenti la cooperativa, dovrà essere espletato un procedimento di mediazione presso l'organismo di mediazione dell'Ordine degli Avvocati di Bolzano e nel rispetto dell'ordinamento di detto organismo di mediazione. L'espletamento della predetta procedura di mediazione costituisce condizione di procedibilità di eventuali susseguenti azioni giudiziarie o arbitrali. Restano esclusi dalla presente clausola di mediazione i casi in cui è prescritto l'intervento obbligatorio del pubblico ministero.

Sono soggette alla presente disposizione anche le controversie promosse da amministratori, liquidatori e sindaci ovvero quelle promosse nei loro confronti, che abbiano ad oggetto diritti

disponibili relativi al rapporto sociale, nonché quelle relative alle impugnazioni delle decisioni/delibere dei soci e degli organi sociali.

TITOLO XII

DISPOSIZIONI GENERALI E FINALI

Articolo 45 - Regolamenti

Per meglio disciplinare il funzionamento interno, e i rapporti tra la Cooperativa ed i soci il consiglio di amministrazione potrà elaborare regolamenti ed ordinamenti che saranno successivamente sottoposti all'approvazione dell'assemblea con le maggioranze previste per l'assemblea straordinaria, salva diversa previsione del presente Statuto.

Possono essere definiti da apposito regolamento i criteri e le modalità di nomina del consiglio di amministrazione e dell'organo di controllo, i criteri e le modalità di attribuzione di deleghe e di responsabilità ad amministratori esecutivi e ad eventuali amministratori che non siano soci nonché a comitati esecutivi, lo svolgimento dei rapporti tra il consiglio di amministrazione e gli amministratori esecutivi e la direzione aziendale, le norme concernenti la frequenza delle riunioni del consiglio d'amministrazione e il funzionamento nei comitati esecutivi.

***Tutte le indicazioni nel presente Statuto si riferiscono ugualmente e senza distinzione a donne e uomini e comunque anche al rispettivo altro sesso di quello indicato.**

F.to VIEHWEIDER Thomas
F.to Notaio Federica Isotti L.S.

Copia su supporto informatico conforme al documento originale formato su supporto cartaceo, ai sensi dell'art.22 del D.Lgs. 82/2005, che si trasmette ad uso Registro Imprese.

Imposta di bollo assolta ai sensi del decreto 22 febbraio 2007 mediante M.U.I..